Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur: Erich Alfringhaus, Berlin. Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8 Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abbruch ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abbestellung beharrlich 4 Wochen vor dem Quartalsschluss, wenn nicht anders vereinbart. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 29. Januar 1932.

Int. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

Japans Verbrechen.

SPD. Ohne Kriegserklärung, ohne auch nur die diplomatischen Beziehungen zu China abzubrechen, hat Japan in unerhörter Steigerung seiner bisherigen imperialistischen Aktion gegen die Mandschurei nunmehr auch die chinesischen Stadtteile von Schanghai angegriffen und sogar Fliegerbomben auf die Zivilbevölkerung abwerfen lassen.

Als Kulturmensch steht man diesem Massaker unschuldiger und wehrloser Menschen fassungslos gegenüber. Der Staat, der dieses Verbrechen kaltblütig anordnet, ist Mitglied des Völkerbundes, hat einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat, hat den Kelloggpakt unterzeichnet und ist in Genf bereits zur Abrüstungskonferenz mit der zahlenmässig stärksten Delegation - 80 Mann hoch - erschienen. Dennoch führt er schon fast fünf Monate Krieg, zunächst in der Mandschurei, angeblich gegen "Banditen", jetzt im Herzen Chinas, in Schanghai, vor den Augen Zehntausender von Europäern und Amerikanern, die in ihren geschützten internationalen Konzessionen von den Dächern ihrer Häuser aus sehen können, wie das benachbarte Schapei, die eigentliche Chinesenstadt Schanghais, durch die japanischen Fliegerbomben in Brand gesteckt wird.

Wenn je eine Schuldfrage nicht diskutierbar war, so in diesem Fall. Schon das militärische Vorgehen in der Mandschurei trug alle Merkmale eines imperialistischen Ueberfalls, stellte eine blutige Verhöhnung aller bestehenden internationalen Verpflichtungen dar. Der Massenmord an Männern, Frauen und Kindern in Schanghai erfolgt nach einem Ultimatum des kommandierenden japanischen Admirals an den chinesischen Bürgermeister, das zwar durchaus unberechtigt war, aber in letzter Stunde von der wehrlosen Stadtverwaltung dennoch angenommen wurde. Trotzdem ist das Vorrücken der Truppen in das Chinesenviertel und sogar das Fliegerbombardement angeordnet worden! Man kann wohl ohne Uebertreibung sagen, dass die Geschichte der Neuzeit einen ähnlichen Vorgang nicht kennt und der Ausbruch des Weltkrieges im August 1914 sich unter zivilisierten Formen abspielte, verglichen mit der namenlosen Gemeinheit und Barbarei dieser neuesten japanischen Aktion.

Als Vorwand für die Besetzung der Mandschurei diente die ungesühnte Ermordung eines spionierenden japanischen Offiziers durch eine irreguläre Bandengruppe. Als Vorwand für das japanische Ultimatum in Schanghai und für das darauffolgende Fliegerbombardement benutzte man einen obskuren Zwischenfall, nämlich die Misshandlung von vier japanischen Mönchen im chinesischen Stadtviertel. Ausser der Sühne für diese Misshandlung, die normalerweise nicht durch das Ultimatum eines Admirals, sondern auf diplomatischem Wege hätte gefordert werden müssen, wurde ein Verbot des spontanen Boykotts verlangt, den die chinesische Bevölkerung von sich aus gegen die japanischen Waren als Antwort auf den Raubzug in der Mandschurei proklamiert hat. Diese letzte Forderung war völkerrechtlich überhaupt nicht zu rechtfertigen und selbst mit ihrer Annahme durch den Bürgermeister von Schanghai wäre dem japanischen Handel praktisch nicht gedient, da kein amtliches Boykottverbot die Chinesen zwin-

gen kann, japanische Waren zu kaufen oder Handel mit japanischen Kaufleuten wieder aufzunehmen.

Die alleinige, ausschliessliche Schuld der japanischen Regierung steht also fest. Aber eine moralische Mitschuld trägt die übrige Welt, die dieser Entwicklung seit fast fünf Monatenuntätig zugesehen hat, trägt insbesondere der Völkerbund, der in drei verschiedenen Ratstagungen seine klare Pflicht, dem angegriffenen China tatkräftig zu helfen, gröblich verletzt hat. Zugegeben, dass es für die europäischen Mächte nicht leicht war, wirksam einzugreifen. Immerhin wäre schon das Vorrücken der Japaner in Mukden, also bereits im September, Grund genug gewesen, gemeinsame Sanktionen zumindest wirtschaftlicher Art den Japanern anzudrohen, falls die nicht das neubesetzte Gebiet binnen einer bestimmten Frist räumen würden. Man hat sich aber damals mit einem platonischen Wunsch begnügt und jede klare Stellungnahme gegen Japan vermieden. Die Regierung von Tokio hat aus diesem ersten Versagen des Völkerbundes die Schlussfolgerung gezogen, dass ihr von dieser Seite auch für die Zukunft keine Gefahr drohe. Auf einer zweiten Ratstagung in Genf im Oktober, auf einer dritten Ratstagung im Dezember in Paris hat man lediglich eine klägliche Fortsetzung dieses Trauerspiels erlebt. Es wurde wochenlang an Kompromissresolutionen herumgedoktert, die zwar Japan gewisse Verpflichtungen auferlegten, aber noch immer keine bestimmten Massnahmen vorsahen, falls Japan diese Verpflichtungen weiter nicht erfüllen würde. Versuche der chinesischen Delegierten, jene Artikel des Völkerbundsstatuts heranzuziehen, die ein energischeres Vorgehen und konkrete Strafmassnahmen gegen den Friedensbrecher vorsehen, scheiterten an der Angst der europäischen Mächte, ihre eigene Ohnmacht zu enthüllen.

Das ist nämlich der eigentliche Grund dieses katastrophalen Versagens des Völkerbundes. Alle Länder der Welt haben infolge der Wirtschaftskrise ihre inneren Sorgen ökonomischer und innerpolitischer Art. Sie sind ausserdem infolge der Reparationsfrage unter sich uneiniger denn je. Zu einem gemeinsamen, energischen Vorgehen fehlt ihnen sowohl die innere Kraft wie das Gemeinschaftsgefühl. China ist weit, die Lage dort ist undurchsichtig, die eigenen imperialistischen Interessen werden indirekt durch die japanischen Imperialisten gegen die erwachende chinesische Republik geschützt - und deshalb lässt man lieber die Dinge treiben, als dass man sich bei einer Aktion mit unsicherem Ausgang kompromittiert. Das alles weiss Japan, und das steigert seinen Uebermut.

Indessen hat man die Dinge so weit treiben lassen, dass die Gefahr nicht gebannt, sondern riesenhaft angewachsen ist. Die Vereinigten Staaten von Amerika, seit Jahrzehnten Japans gefährlichster Konkurrent im Stillen Ozean, hatten der Entwicklung in der Mandschurei zwar mit wachsender Unruhe zugesehen, aber bisher ebenfalls vermieden, sich allzu sehr zu exponieren. Die neuesten Vorgänge in Schanghai haben jedoch die amerikanische Öffentlichkeit um so stärker aufgerüttelt, als nun die eigenen Interessen unmittelbar bedroht erscheinen. Die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten fordert immer lauter, dass endlich etwas zum Schutze Chinas geschehe, sei es ein Wirtschaftsboykott, sei es eine Flottendemonstration gegen Japan. Obwohl ein solches Vorgehen angesichts der rücksichtslosen und fanatischen Geistesverfassung der Japaner die Gefahr eines zweiten Weltkrieges im Pacific und im Fernen Osten in unmittelbar Nähe rücken würde, müssen alle Friedensfreunde wünschen, dass sich die Amerikaner und die europäischen Mächte unverzüglich über wirklich wirksame Massnahmen gegen Japan einigen und vor keiner Konsequenz zurückschrecken. Denn nur so ist den Japanern noch Einhalt zu gebieten, weiteres Lavieren würde die Kriegsgefahr zwar hinausschieben, aber nur vergrössern.

Der Pacifismus darf nicht so weit getrieben werden, dass man durch die eigene Schlappheit die Militaristen in Tokio dazu aufmuntert, noch mehr unschuldige Frauen und Kinder mit Fliegerbomben abzuschlachten.

SPD. München, 29.Januar (Eig.Drahtb.)

Aus dem Palais des Bandenführers Hitler verlautet zuverlässig, dass die Reichsleitung der NSDAP vorläufig noch an der Absicht festhält, am 3.Februar Frick als Kandidat für die Reichspräsidentschaft zu nominieren. Aber auch Frick stösst bereits bei mehreren Landesverbänden der NSDAP auf Widerstand. Am liebsten möchte sich jeder Nazi-Führer selbst nominieren.

SPD. Vor der III.Strafkammer des Landgerichts I in Berlin begann am Freitag-Vormittag unter riesigem Andrang von Publikum, Presse und Interessenten aus Bank- und Finanzwelt der Prozess gegen den früheren Generaldirektor der Schultheiss-Patzenhofer A.G., Ludwig Katzenellenbogen und seine Mitangeklagten, den Generaldirektor Dr. Walter Sobernheim, den Generaldirektor Erich Penzlin, den Brauereidirektor Rudolf Funke und den Brauereidirektor Kuhlmay.

Die Anklage lautet auf fortgesetzte gemeinschaftliche Bilanzverschleierun und -fälschung. Penzlin und Katzenellenbogen sind weiterhin wegen Prospektver gehen und Katzenellenbogen ist schliesslich noch wegen Untreue nach § 312 des Handelsgesetzbuches angeklagt. Die Angeklagten werden von einem Stab auserlesener Rechtsanwälte verteidigt. Katzenellenbogen stehen allein drei Verteidige darunter Professor Dr. Alsberg, zur Verfügung. Den Vorsitz des Prozesses, der mehrere Wochen dauern wird und in dem zahlreiche prominente Zeugen, darunter auch Herr von Stauss von der Deutschen Bank aufmarschieren werden, führt Landgerichtsdirektor Bethge, die Anklage vertreten Oberstaatsanwalt Dr. Sturm und Staatsanwaltschaftsrat Dr. Grüneberg. Als einziger Angeklagter sitzt Katzenellenbogen in Haft, das Gericht gestattet ihm jedoch, aus der Anklagebank herauszutreten und zwischen seinen Verteidigern Platz zu nehmen.

Gegenstand des Prozesses sind heimlich getätigte Geschäfte, die in die Millionen gehen und die zu schwersten Verlusten für Schultheiss-Patzenhofer geführt haben. Im Jahre 1930 kam es zwischen der Schultheiss-Patzenhofer A.G. und den Ostwerken, die durch Katzenellenbogen und Penzlin repräsentiert wurden, zu einer Fusion, nachdem schon seit 1921 eine Interessengemeinschaft bestanden hatte. Bereits vor der Fusion haben die Ostwerke sogenannte Konsortialgeschäfte geführt, die Stützungskäufe zur Herauftreibung des äusserst niedrigen Kursstandes der Aktien zum Gegenstand hatten. Bei dieser Transaktion traten zwei Konsortien auf: das eine unter Führung der Danatbank, das andere, das die Anklage als das sogenannte Hollandkonsortium bezeichnet, unter Führung der Eidgenössischen Bank in Zürich und der Commerz- und Privatbank. Die Geschäfte dieser Konsortien wurden weder in den Bilanzen geführt, noch in Aufsichtsratssitzungen und Generalversammlungen vorgelegt. Eine weitere Bilanzverschleierung sieht die Staatsanwaltschaft in einem viele Millionen grossen Kredit, den die Darmstädter und Nationalbank an die Norddeutsche Hefeindustrie G.m.b.H., eine Tochtergesellschaft der Ostwerke gegeben hat, für die von den Ostwerken die Garantie übernommen wurde. Diese Garantie ist in den Bilanzen der Ostwerke ebenfalls nicht verzeichnet. Daneben laufen weitere, von der Anklage inkriminierte zweifelhafte Geschäfte.

Katzenellenbogen, der sehr flüssig und gewandt spricht, gibt zuerst eine Schilderung seines Lebenslaufs. Er stammt aus Krotoschin und trat vor dem Abitur in das Geschäft seines Vaters, einer Spiritusfirma, ein. Schon mit 21 Jahren bekleidete er hier eine führende Stellung, "weil gerade ein Herr mit höherem Posten abgegangen war". Im Jahre 1903 wurde die Spiritusfirma nach Berlin verlegt; bald darauf übernahm der damals noch nicht 27jährige Katzenellenbogen das Geschäft. Das Unternehmen dehnte sichaus, man gründete die Ostelbischen Spritwerke A.G., die ein Kapital von 4 Millionen Mark hatten. Später wuchs die Aktiengesellschaft zur Spirituszentrale, die alle in Betracht kommenden Spritfirmen vereinigte. Hier wurde Katzenellenbogen Mitglied des Aufsichtsrats und später sein stellvertretender Vorsitzender. Weitere Spritfirmen kamen

hinzu, man gewann Einfluss auf die bekannte Brauerei Haase in Breslau und man fusionierte sich mit den Norddeutschen Spritwerken. Die Hefewerke gesellten sich dem in die Breite gehenden Betrieb hinzu, es begannen die Geschäfte mit der Glas- und Zementindustrie. Bereits im Jahre 1921 begann die enge Fühlungnahme mit Schultheiss-Patzenhofer, die beiderseitigen Interessengebiete wurden abgegrenzt, und schliesslich kam es zur Fusion. Katzenellenbogen, der im Vorstand der Ostwerke war, trat in den Aufsichtsrat von Schultheiss ein; auch andere Mitglieder des Aufsichtsrats der Ostwerke wurden von Schultheiss übernommen. Mit erhobener Stimme stellt Katzenellenbogen fest, dass die Hefewerke 50 Prozent des gesamt-deutschen Hefeabsatzes lieferten, während die Zementwerke mit mehr als 33 Prozent am deutschen Zementabsatz beteiligt gewesen seien.

Nunmehr ging das Gericht auf die Einzelheiten der Anklage ein. Man behandelte zuerst die sogenannten Konsortialverträge. Der erste Konsortialvertrag wurde im Dezember 1928 mit der Diskontogesellschaft und der Deutschen Bank abgeschlossen. Es handelte sich um die Aufnahme von Schultheiss-Patzenhofer- und Ostwerk-Aktien in Höhe von 3 Millionen Mark. Man vereinbarte einen Kurssatz von 200 Mark, während die Aktien früher einmal einen Stand bis zu 538 gehabt hatten. "Ich habe eine Praxis von 35 Jahren hinter mir und bereits manche sehr schwere Krisis mitgemacht; nach solchen Stürzen ist immer wieder ein Aufstieg erfolgt. So wäre es hier auch bestimmt wieder besser gegangen. So ist es wenigstens die ganzen Jahre gewesen." Vors.: "Aber auch der Optimismus muss doch eine Grenze nach oben kennen." Katzenellenbogen: "Wir hatten bei den Ostwerken stille Reserven von schätzungsweise 45 Millionen Mark und schliesslich habe ich ja auch nicht bei 500 gekauft. Für jedes Papier kommt doch eines Tages der Kurs, den die Aktie wert ist." Weit interessanter und wichtiger als dieses Geschäft ist die Frage des Danat-Konsortiums, die in der Anklage eine wichtige Rolle spielt. Katzenellenbogen, der mit Jacob Goldschmidt gut bekannt war, hat mit ihm ein Konsortium mit 3 Millionen Dollar zum Zweck von Kursstützungen gegründet. Katzenellenbogen: "Goldschmidt sagte damals, wenn von 60 Millionen Aktien mehr als 30 Millionen aufgekauft seien, so bestände keine Gefahr mehr. Es gab damals an der Börse gewisse Elemente, die auf Baisse spekulierten. Wir nennen diese "Sturmkommandos" in unserer Terminologie "Jäger auf Knochen, an denen noch Fleisch ist." Goldschmidt war der Meinung, jetzt sei der richtige Moment, jetzt müsse man zupacken. Er sagte: Das mache ich besser als Ihr. Aber wenn Sie wollen, dass ich es schaffe, so müssen Sie auch ein Geschäft mit mir machen und mir 1 Million Aktien zum Preise von 320 verkaufen. Ich verstand, dass Goldschmidt verdienen wollte und habe ihm auch den Verdienst nicht geneidet. Zur Erklärung meines Vorgehens möchte ich noch betonen, dass ich damals ausserordentlich wenig verdiente." (!) Vors.: "Und Ihre Entschädigungen?" Katzenellenbogen: "Ich möchte daruaf hinweisen, dass ich bei allen Geschäften niemals gegen die Interessendes Unternehmens gehandelt habe. Die Aktien gingen dauernd zurück." Vors.: "Ja, aber sagten Sie sich denn nicht, wie muss das alles einmal enden?" "Ich bin immer Optimist gewesen und sagte mir, eines Tages muss ja die Krise überwunden sein". - "Wie hoch waren Sie damals schon engagiert?" - "Mit 36 Millionen Mark." - "Aber das ist doch wirklich keine Kleinigkeit". - "Das hat mir auch grosse Sorgen gemacht. Ich habe Herrn Dr. Sobernheim fortlaufend informiert und ihm durchaus klaren Wein eingeschenkt. Wenn Herr Dr. Sobernheim heute sagt, er habe nichts gewusst, so kann das nicht stimmen. Im übrigen habe ich die Akten dem ordnungsmässigen Geschäftsgang übergeben. Ich sage ganz offen, dass ich von buchungstechnischen Dingen überhaupt nichts verstehe.

Generaldirektor Dr. Sobernheim war viele Jahre in führender Stellung bei Patzenhofer, später wurde er Generaldirektor. Sobernheim berichtet, dass sich Katzenellenbogen grossen Ansehens bei Schultheiss-Patzenhofer erfreut habe. Von dem Danat-Geschäft habe Katzenellenbogen in Anwesenheit Jakob Goldschmidts anlässlich eines Diners in seiner Villa in Schwanenwerder er-

zählt, aber er habe das so beiläufig getan, dass er keine Ahnung von dem wahren Wesen dieses Geschäfts gehabt habe. Als ihn dann Direktor Kuhlmay eines Tages, während eines Kuraufenthaltes in Karlsbad, anrief und ihm davon Mitteilung gemacht habe, dass die Danatbank die Patzenhofer A.G. mit 25 Millionen Mark belastet habe, habe er einen ungeheuren Schreck bekommen. Später sei dann beschlossen worden, im Interesse des Werkes und um eine Panik zu verhüten, den Aufsichtsrat nicht zu informieren.

Katzenellenbogen betont nochmals, dass er Sobernheim unbedingt informiert habe. Seine Vernehmung ist noch nicht zu Ende geführt. - Die Verhandlung wird am Montag fortgesetzt.

SPD. München, 29.Januar (Eig.Drahtb.)

Die Vereinfachung und Verbilligung der bayerischen Staatsverwaltung ist durch einen Beschluss, den der Landtag am Freitag überraschend gefasst hat, um ein gutes Stück vorwärts gekommen.

Der mit Hilfe der Sozialdemokraten zustandegekommene Beschluss sieht weit über die Massnahmen der letzten baxerischen Notverordnungen hinaus eine Verminderung der Kreisregierungen (die Mittelstellen der Verwaltungen) von acht auf drei vor, sodass es für die Zukunft nur noch je eine Kreisregierung in Südbayern, in Nordbayern und in der Pfalz gibt. Der Innenminister setzte diesem Antrag den grössten Widerstand entgegen. Die Frage, ob der Vollzug des Beschlusses nicht zum Rücktritt des Ministers führt ist noch ungeklärt. Durch sozialdemokratische Initiative wurde die Regierung auch gezwungen, dem Landtag in kürzester Zeit einen Generalplan für die gesamte Staatsvereinfachung vorzulegen, wogegen sich wiederum der sich auf die hohe Beamtenbürokratie stützende Innenminister sträubte. Dieser Generalplan wird bei dendemnächst beginnenden Etatsberatungen eine besondere Rolle spielen.

Der neue Haushaltsvoranschlag für 1932/33, der mit 610 Millionen Mark in Einnahmen und Ausgaben zum erstenmal seit Jahren wieder ausgeglichen ist, bring eine Verminderung der Ausgaben um rund 100 Millionen Mark.

SPD. Der Reichstag wird Mitte Februar zwecks Festsetzung des Termins der Reichspräsidentenwahl zu einer kurzen Sitzung zusammentreten. Der genaue Termin des Zusammentritts hängt davon ab, wann das Komitee zur Vorbereitung der Wahl Hindenburgs seine Arbeiten abgeschlossen hat und wann der Reichskanzler, der sich in der nächsten Woche zur Abrüstungskonferenz nach Genf begibt, von dort nach Berlin zurückkehrt.

Als Termin für die Reichspräsidentenwahl kommt nach wie vor der 13.März in Frage.

SPD. Paris, 29.Januar (Eig.Drahtb.)

In der Kammer kam es am Freitag vormittag wegen der Wahlreform zu neuen Zusammenstössen zwischen der Mehrheit und der Opposition.

Gemäss einer Aenderung der ursprünglich beschlossenen Tagesordnung sollte am Vormittag erst über die Erneuerung des Notenprivilegs einer Kolonialbank beraten werden. Da aber der Kolonialminister bei Beginn der Sitzung nicht anwesend war, schlug der Präsident vor, die Sitzung um eine halbe Stunde zu vertagen. Darauf erhob sich der Sozialist Renaudel und machte der Kammer davon Mitteilung, dass er und andere für die Wahlreform eingeschriebene Redner von dem Innenminister einen Brief erhalten hätten, wonach die Debatte über die Wahlreform bei Beginn der Sitzung wieder aufgenommen werden solle, da der Kolonialminister erst um 11 Uhr in der Kammer erscheinen könne. Der Redner

beschwerte sich über dieses unzulässige Verfahren, das auf eine Intervention des Vorsitzenden der Wahlrechtskommission Mandel zurückzuführen sei. Normalerweise hätte der Kammerpräsident und nicht der Innenminister die fragliche Mitteilung machen müssen. Der Kammerpräsident bedauerte seinerseits diesen Zwischenfall. Da unterdessen der Kolonialminister eingetroffen war, wurde mit der Beratung des Gesetzentwurfes über die Kolonialbank begonnen. Während die Schlussabstimmung über den Entwurf stattfand, beantragte der Abgeordnete Mandel bis zur Auszählung der Stimmen und Bekanntgabe des Ergebnisses die Debatte über die Wahlreform wieder aufzunehmen. (Grösser Lärm und Proteste auf der Linken.) Die Sozialisten Frossard, Bracke, Vincent Auriol und Grumbach wandten sich gegen den Antrag, der eine Verletzung der Geschäftsordnung darstelle, denn es sei nicht zulässig, eine Debatte in die andere hineinzuschiebe

Angesichts dieses Widerstandes zog Mandel seinen Antrag zurück und verlan te statt dessen, ausser der bereits vom Hause genehmigten Sitzung am Mittwoch vormittag eine weitere Sitzung am Mittwoch abend zur Beratung der Wahlreform anzusetzen. (Neue stürmische Proteste auf der Linken.) Die Sozialisten Vincent Auriol und Renaudel bekämpften den neuen Antrag mit der Begründung, das Donnerstag vormittag die Budgetdebatte beginne und den Abgeordneten am Mittwoch Zeit bleiben müsse, die Berichte zu studieren. Das Vorgehen Mandels stell eine Sabotage der parlamentarischen Arbeit dar. (Lärm und Proteste rechts.) Schliesslich wurde der Antrag Mandel mit 312 gegen 246 Stimmen von der Kammer angenommen.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Durch Notenwechsel zwischen der Deutschen Botschaft in Madrid und dem spanischen Ministerium des Äusseren vom 28.Januar d.J. ist der Sichtvermerkszwang zwischen Deutschland und Spanien mit Wirkung vom 1.Februar wieder aufgehoben worden.

SPD. Genf, 29.Januar (Eig.Drahtb.)

Die Behandlung des chinesisch-japanischen Konflikts durch den Völkerbundsrat hat am Freitag überraschend eine sehr schwerwiegende Wendung genommen.

Um die Besetzung Schanghais wirksamer abzuwehren, hat China den Rat aufgrund des Artikels 15 des Völkerbundspaktes angerufen. Der Rat musste trotz der japanischen Gegenzüge einmütig sofort in dieses Verfahren eintreten. Die Verhandlung im überfüllten Ratssaal trug den Stempel höchster Spannung. Zu Beginn der Sitzung verlas der Generalsekretär folgende Mitteilung der chinesischen Regierung an den Rat: 1. Zwischen zwei Mitgliedern des Völkerbundes, China und Japan, besteht ein Streitfall, der auf den Angriff dieser Macht gegen die territoriale und verwaltungstechnische Unversehrtheit und die politische Unabhängigkeit jener unter Verletzung der Bestimmungen des Völkerbundspaktes zurückzuführen ist. 2. Dieser Streitfall wurde weder der Schiedsgerichtbarkeit noch einer juristischen Regelung unterworfen entsprechend irgendeinem Artikel des Paktes. 3. Dieser Streitfall hat nun einen Punkt erreicht, wo die Gefahr eines sofortigen Bruches zwischen China und Japan gegeben ist. 4. China verlangt hiermit (zusätzlich zu allen Massnahmen aus Artikel 11) die Anwendung der Artikel 10 und 15 des Paktes auf diesen Streitfall, und es macht beim Rat formell diese Frage anhängig, damit er alle von beiden Artikeln vorgesehenen und notwendigen Massnahmen ergreifen kann. 5. Zu diesem Zweck beruft sich China auf alle Akten und bisher erstatteten Berichte während der Ratsverhandlung seit dem 18.Dezember 1931 bis heute und erklärt hiermit, dass diese Dokumente die Darstellung einer Angelegenheit sind.

Darauf schilderte Ratspräsident Paul Boncour unter atemloser Aufmerksamkeit die Versuche des Rates, der alles getan habe, um zu vermeiden, dass

die Sache die Wendung nehme, die sie unglücklicherweise jetzt genommen habe. Der Rat hätte neuerdings eine Erklärung ausgearbeitet, die bis zum Eintreffen des Berichtes der Kommission richtunggebend sein sollte. Trotz aller Anstrengungen habe sich die Situation immer mehr verschlechtert. Daher sei eine Untersuchungskommission eingesetzt worden. Es wäre für den Völkerbund unmöglich, ein Reglement anzunehmen, das mit Mitteln erzwungen worden wäre, die dem Pakt zuwiderlaufen. Der Rat könne sich seiner neuen Verpflichtung nicht entziehen.

Yen-China betonte, dass alle Bemühungen um eine Beilegung des Konflikts ohne Wirkung gewesen seien. Angesichts der dauernden Angriffe Japans müsse China neue Mittel anwenden. Die Verachtung der Verpflichtungen aus dem Völkerbundspakt durch Japan sei flagrant. Zum Beweis verlas Yen neue Berichte aus Schanghai, um das augenblicklich noch eine heftige Schlacht tobe.

Sato-Japan entgegenete mit der üblichen Schilderung der angeblichen Provokation der Chinesen. Wenn nun nach Artikel 15 verhandelt werde, so sei die Basis der Verhandlungen radikal geändert, da nach diesem Artikel die Anwendung eines Spruches bevorstehe, erhebe er die Rechtsfrage, ob sich der Rat zu gleicher Zeit mit der Sache nach zwei verschiedenen Artikeln befassen könne. Von der Antwort werde der Wert aller künftigen Entscheidungen abhängen. Auch könnten die bisherigen Angaben Chinas nicht als Darstellung nach Artikel 15 gelten Er rate China, eine ganz neue Darstellung zu geben. Ferner frage er, ob China entschlossen sei, zu einem plötzlichen Bruch mit Japan zu schreiten, wie es in dem Antrag gesagt sei. Er bezweifle, dass der Streit schon beim Bruch angekommen sei. Direkte Verhandlungen seien der Beginn jeder friedlichen Regelung, die man noch nicht versucht habe. Anstatt das zu tun, bringe China plötzlich die Sache nach Artikel 15 vor den Rat. Dieses sei der letzte Weg für zwei Mitglieder des Völkerbundes. Ehe er betreten werde, müssten erst durch direkte Verhandlungen die friedlichen Mittel erschöpft werden. Der Rat handele klug, nach Artikel 11 weiter zu untersuchen.

Paul Boncour antwortete mit einer Zurückweisung der juristischen Verschleppungsversuche. Es hänge nicht vom Rat ab, über die Prozedur zu bestimmen sobald er nach Artikel 15 angerufen sei. 1923 habe das Juristenkomitee unter dem Vorsitz Adaci geurteilt und der Rat habe einstimmig angenommen, dass eine solche Entscheidung nicht beim Rat liege. Auch inder Frage, ob zugleich nach Artikel 10 und nach Artikel 15 verhandelt werden könne, müsse er aufgrund der Rechtsprechung des Völkerbundes dem japanischen Vertreter antworten, dass 1920 die Tschechoslowakei beide Artikel angerufen habe. Ebenso sei 1927 ausdrücklich festgestellt worden, dass beide Prozeduren nach beiden Artikeln gleichzeitig laufen könnten. Deshalb müsse sofort Artikel 15 angewandt werden und das erste sei, dass der Generalsekretär die Tatsachen feststelle, auf denen die Sache beruhe. Der Generalsekretär des Völkerbundes, Drummond, verlangte ein ergänzendes Exposé von China und Japan. Darüber hinaus müsse der Rat eine unparteiische Darstellung haben, besonders über die bedauerlichen Ereignisse in Schanghai. Boncour bat daher um Zeit bis Sonnabend-Vormittag, um dem Rat Vorschläge über die Untersuchungen an Ort und Stelle machen zu können.

Paul Boncour schloss seine Darlegungen mit der Feststellung ab, der Rat werde am Sonnabend-Vormittag die Vorschläge des Generalsekretärs prüfen. Es sei unmöglich, die Tagung am Sonnabend zu schliessen.

SPD. Die Öffentlichkeit erhält Kenntnis von einem Briefwechsel zwischen den Herren Seldte und Düsterberg vom Stahlhelm mit Hitler. Der Briefwechsel geht zurück auf Differenzen während der Harzburger Tagung, aber auch auf die erfolgreiche Taktik der Hitlerpartei, sich aus den Reihen des Stahlhelms zu rekrutieren. Vorauf ging ein Briefduell der kleineren Götter, Lenz und Röhm. Danach schrieben die Stahlhelmführer einen nahezu ultimativen Brief an Hitler,

in dem es heisst :

"Der Stahlhelm hält den Zusammenhalt der gesamten nationalen Opposition für notwendiger denn je. Er ist an und für sich bereit, für diese grosse nationale Aufgabe auch weiter Opfer zu bringen. Das kann aber nicht dazu führen dass der Stahlhelm sich eine Behandlung gefallen lässt, die er bisher nicht e fahren, und anderen Verbündeten gegenüber nicht angewandt hat. Wir haben es bereits in Harzburg als eine schwere Kränkung und einen Verstoss gegen beste deutsche soldatische Auffassung empfunden, dass Sie uns und die zum Vorbeimarsch angetretenen Kameraden erst 25 Minuten warten liessen, um dann kurz vor dem Anmarsch des Stahlhelms den Paradepunkt zu verlassen, ohne sich mit uns in Verbindung zu setzen, und obwohl wir Ihren Fahnen und Marschformationen alle Ehre erwiesen hatten. Im Interesse reibungsloser Zusammenarbeit sind wir bisher über die Harzburger Vorgänge stillschweigend hinweggegangen. Nachdem für uns die Nichtbeachtung wichtiger Briefe von Stahlhelm-Landesführern bezw. des Bundeskanzlers erschwerend hinzukommt, sehen wir uns aus grundsätzlichen Erwägungen, aber auch im Interesse der vaterländischen Gesamtbewegung veranlasst, Sie nunmehr zu bitten, uns eine klare Antwort auf die Beschwerden unserer Landesführer, bezw. des Bundeskanzlers des Stahlhelms baldigst zukommen zu lassen."

Auf diesen Brief hat Hitler eine Antwort erteilt, die von Hohn gegen den Stahlhelm und seine Führer nur so strotzt. Zunächst geht er auf die Harzburger Vorgänge ein:

"Ich sehe zunächst nicht ohne Erstaunen in Ihrem Briefe einen Hinweis auf mehrere Kränkungen, die dem Stahlhelm in Harzburg zugefügt sein sollen, dadurch, dass ich die zum Vorbeimarsch angetretenen Kameraden erst 25 Minuten warten liess, und dann die Parade des Stahlhelms verliess. Erstens hatte ich bis zum Momente des Vorbeimarsches keine Ahnung, dass dieser Nationalsozialisten und Stahlhelm gemeinsam umfassen sollte. Zweitens begab ich mich zum Platze des Vorbeimarsches im selben Augenblick, in dem mir dienstlich das Eintreffen der SA. gemeldet war. Drittens nehme ich ansich grundsätzlich niemals den Vorbeimarsch von Verbänden ab, oder nehme an diesem Vorbeimarsch teil, wenn diese nicht mir bezw. meiner Partei unterstellt sind."

Höhnisch schreibt Hitler weiter, er hätte ja garnicht gewusst, wie er die Stahlhelmfahnen hätte grüssen sollen, wobei er dem Stahlhelm das "französische salutieren" vorwirft. Nach diesem Hohn versetzt Hitler dem Stahlhelm denfolgenden Schlag ins Gesicht:

"Als übles Harzburger Vorkommnis wurde es weiter gedeutet, dass ich nicht an dem gemeinsamen Mittagessen teilnahm. Ich habe nie erklärt, daran teilnehmen zu wollen und bin persönlich auch nie darum gefragt worden. Hätte man mich persönlich dazu aufgefordert, würde ich abgelehnt haben. Ich kann einen sehr begründeten Widerwillen gegen sogenannte gemeinsameEssen bei Anlässen nun einmal nicht unterdrücken, bei denen tausende meiner Anhänger unter sehr grossen persönlichen Opfern, ja zum Teil mit hungrigem Magen Dienst tun. Die Struktur meiner Essart ist eine andere als die des Stahlhelms. Ich habe in manchen Gebieten durch die ebenso unglaublichen wie schamlosen Terroakte eines sich zum Teil auch als national gebärdenden Unternehmertums mehr als 80 Prozent der Stärke meiner Stürme arbeitslos. Es würde sicher manchem meiner Kameraden wehe tun, wenn er wüsste, dass, während ihm selbst gerade infolge der Ausübung des Dienstes der Magen knurrt, sein Führer an irgendeiner Tafel sitzt, ganz gleich, wie nun das Essen aussehen mag."

Eben deswegen wohnt Herr Hitler in Berlin nie anders als im Kaiserhof, eben weil es da ganz proletenmässig billig zugeht, und eben deswegen ist er zu den Herren Scharfmachern nach Düsseldorf ins Parkhotel gefahren! Der Brief gegen Seldte und Düsterberg geht dann weiter:

"Die Art der Aufziehung dieser Tagung in Harzburg war für jeden Nationalisten schwer verständlich. Ich gebrauche hier als Führer der grössten nationalen Bewegung Deutschlands den mildesten Ausdruck, der mir zur Verfügung

steht.... Sie beklagen sich nun, Herr Seldte, in Ihrem Brief über eine Ihnen zugefügte Behandlung, die sich der Stahlhelm nicht gefallen lassen will. Zu dieser Bemerkung haben nicht Sie, Herr Seldte, ein Recht, sondern ich und die nationalsozialistische Bewegung. Als die Nationalsozialistische Partei in einem sehr schweren Ringen in Thüringen zum erstenMale einen bewusst deutsch handelnden Minister in die Regierung entsandte, dessen nationale Bedeutung durch nichts besser demonstriert wurde, als durch den fanatischen Widerstand aller marxistisch zentrümerischen Kräfte in Deutschland, da war es das heutige Stahlhelm-Mitglied Baum, das in zäher und zielklarer Arbeit den nationalen Verbündeten zu Fall brachte. Der Stahlhelm hat einen Mann heute als amtierende Minister in Thüringen, der mit Hilfe der Sozialdemokratie nationalsozialistische Beamte ihrer Stellung enthebt, sie versetzt, genau wie er erst den nationalsozialistischenMinister zum Sturz brachte. Herr Seldte, es ist für uns eine ungeheure Ueberwindung, überhaupt von Verbündeten zu reden, wenn ihr praktisches Verhalten sich so diametral zum geredeten verhält.....

Im übrigen bin ich in den letzten Monaten von der Presse meiner Verbündeten so konsequent und hinterhältig verdächtigt und angegriffen worden, dass es wirklich nur der Beweis für meine grenzenlose Loyalität ist, wenn ich diese kleinen heimtückischen Ehrabschneidereien nicht in der dafür zweckmässigen drastischen Form zurückgewiesen habe. Versuche Einfluss auf die Führung meiner Bewegung in irgend einer offenen oder vertarnten Form zu gewinnen, muss ich allerdings schärfstens zurückweisen. Das besagt aber nicht, dass ich nicht ebenfalls vom aufrichtigsten Wunsch erfüllt bin, eine gemeinsame Kampfbasis mit all den Parteien und Verbänden zu suchen und aufrechtzuerhalten, die das gleiche Ziel verfechten wollen, wie wir."

Leider ist nicht bekannt geworden, wie die Herren Seldte und Düsterberg diesen Brief hingenommen, und was sie darauf geantwortet haben. Die Öffentlichkeit hat nur gesehen, dass sichdas Verhältnis zwischen Hitlerpartei und Stahlhelm weiter zugespitzt hat, das Zusammenschlagen von Stahlhelmmitgliedern durch Hitlers SA war ein Anzeichen dafür. Ist es nicht aber zum Jauchzen, was die grossen nationalen Führer, die Seldte und Hitler, sich für Briefe schreiben, dass von Formfragen bei Festessen und Festparaden, von Salutieren oder römischen Gruss das Heil Deutschlands abhängen soll? So sehen die grossen politischen Briefe aus, die diese grossen Führer sich gegenseitig schreiben!

SPD. Der mecklenburgische Minister a.D. Dettmann-Güstrow hat seinen Austritt aus der Deutschnationalen Volkspartei erklärt. Dettmann ist dem Christlich-Sozialen Volksdienst beigetreten.

SPD. Dresden, 29.Januar (Eig.Drahtb.)

Vor dem Schwurgericht Dresden haben sich seit Freitag 8 Nationalsozialisten zu verantworten, die am 3.November vor.Jrs. zwei Reichsbannerleute überfallen haben und im Verdacht stehen, am gleichen Abend den Reichsbannermann Arno Wolf aus Riesa meuchlings ermordet zu haben.

Wolf befand sich auf dem Nachhausewege, als ihm bei einem Ueberfall durch etwa 8 - 10 Nationalsozialisten auf der Flucht ein Bein gestellt wurde und er zu Boden stürzte. Er wurde dann durch 5 Messerstiche, von denen einer das Herz traf, viehisch hingemordet. Die Angeklagten bestreiten jede Schuld.

SPD. Paris, 29. Jan. (Eig.Drahtb.)

Wie aus Schanghai gemeldet wird, soll nach einer Unterredung zwischen den Kommandanten der japanischen und chinesischen Streitkräfte und dem amerikanischen und englischen Konsul am Freitag nachmittag um 1 Uhr mitteleuropäischer Zeit ein japanisch-chinesischer Waffenstillstand abgeschlossen worden sein.

Nach einer weiteren Meldung aus Schanghai ist am Freitag früh um 6 Uhr in der französischen Konzession an der Grenze des Chinesenviertels Nantao eine Bombe explodiert.

SPD. Frankfurt a.M.,29.Jan. (Eig.Drahtb.)

In seinem abschliessenden Gutachten im Favag-Prozess stellte Universitätsprofessor Kalveram-Frankfurt fest, dass die Bilanzen der Favag die Finanzstruktur, Liquidität und Rentabilität der Favag in erheblichem Umfange falsch dargestellt hätten.

"Durch diese falsche Bewertung", so betonte der Sachverständige, "wurden gegen die gebotene Bilanzwahrheit in mannigfacher Weise verstossen. Die aus der systematischen Bilanzfälschung sich ergebenden Wirkungen waren unheilvoll für Aktionäre und Gläubiger des Unternehmens. Aber auch die ständig anwachsenden, hoch spekulativen und langfristigen Engagements schadeten der Favag ungemein und brachten sie in stärkste Abhängigkeit von ihren Geldgebern. Das betrüblichste in der Favagaffäre ist die Tatsache, dass die leitenden Persönlichkeiten dieses Unternehmens trotz hoher Einkommen den Versuchungen zur Selbstbereicherun auf Kosten der Gesellschaft in einer grossen Anzahl von Fällen nicht widerstanden haben, ja, dass manche Transaktionen wohl nur mit Rücksicht auf die Möglichkeit eines Sondergewinnes eingeleitet wurden. Für den jugendlichen Angeklagten Sauerbrey, der infolge seiner guten Veranlagung rasch zu sehr verantwortungsvollen Stellungen emporgestiegen ist, spricht der Umstand, dass er das Unglück hatte, niemals einen Wirkungskreis mit hoher geschäftlicher Moral kennen zu lernen. Jhn belasten in starkem Umfange die Falschbuchungen und Finanzmanöver, die er zum Zweck der Verdunkelung seiner persönlichen Einnahmen machte. Am Zusammenbruch der Favag trägt in ganz erheblichem Masse die systematisch durchgeführte Bilanzverschleierung schuld. Die jahrelange Täuschung der Oeffentlichkeit über die finanzielle Lage und Geschäftspolitik musste das Unternehmen mit dem Untergang und die deutsche Wirtschaft mit einer gefahrvollen Krise büssen."

Das Gericht wird in der nächsten Woche zwei kurze Sitzungen abhalten. Der Prozess dürfte Ende Februar zum Abschluss kommen.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Es gehen Nachrichten durch die Presse, als ob die Reichsregierung mit einer Umgestaltung der gesetzlichen Grundlagen der Währung befasst sei, dass sogar beabsichtigt sei, eine künstliche Ausweitung der Kreditmöglichkeiten durch Notverordnung in die Wege zu leiten. Diese Nachrichten sind völlig aus der Luft gegriffen.

Die Reichsregierung steht mit der Reichsbank nach wie vor geschlossen auf dem Standpunkt, dass nichts geschehen darf, was einer inflatorischen Massnahme auch nur ähnlich sieht. Es wird keinerlei Veränderung des Reichsbankgesetzes erwogen.

SPD. Paris, 29. Jan. (Eig.Drahtb.)

Der Vorsitzende der Abrüstungskonferenz Henderson ist am Donnerstag abend in Paris eingetroffen. Am Freitag reist Henderson nach Genf weiter.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Die Preise für Markenartikel und Markenware im Handel von Schreibmaterialien und Büroartikeln sind meist um 10 % herabgesetzt worden. Soweit bei Markenware die Preise nicht um 10 % gesenkt sind, werden die Bruttopreislisten der Fabrikanten, in denen Wiederverkaufspreise des Einzelhandels empfohlen werden, ausser Kraft gesetzt. Ueberpreise auf die von den Fabrikanten empfohlenen Listenpreise sind unzulässig. Die Aufschläge des Einzelhandels sind in Zukunft ohne Aufrundung auf 5 oder 10 Pfennig nur auf die effektiven Einstandspreise zu nehmen. Wegen einer Herabsetzung der Handelsspanne für häufig gebrauchte Bedarfsartikel schweben Verhandlungen.

SPD. Braunschweig, 29.Jan. (Eig.Drahtb.

Auf Grund der Entscheidung des Reichsgerichts hat Naziminister Klagges am Freitag die "Braunschweigische Landeszeitung" auf acht Tage verboten. In seinem Schreiben an den Verlag sagt Klagges, dass das Verbot auf Ersuchen des Reichsministers des Innern erfolgt, das der 4.Strafsenat des Reichsgericht für zulässig erklärt habe.

SPD. München, 29.Januar (Eig.Drahtb.)

Das Münchener Strafgericht verurteilte den Naziabgeordneten Wagner zu 250 Mark Geldstrafe und Tragung von vier Fünfteln der Prozesskosten, weil er im März vorigen Jahres innerhalb des Landtages einen republikanischen Journalisten geohrfeigt hatte.

Die Ausschreitungen ereigneten sichim Anschluss an die wüste Hetzrede eines Naziabgeordneten, die damals zu ungeheuren Tumulten und zum Ausschluss des Provokateurs für acht Sitzungstage führte. Die Erregung schlug ihre Wellen auch auf die Journalistentribüne und veranlasste den Pressechef des Bauernbundes zu der Bemerkung, die Nazis benähmen sich da unten wie die Lausbuben. Der anwesende Berichterstatter des Hitlerblattes hatte nichts eiligeres zu tun als den Kollegen bei seiner Fraktion zu denunzieren, worauf der jetzt abgeurteilte frühere Bergwerksdirektor Wagner, der der Arbeiterschaft als praktischer Sozialreaktionär unvergesslich ist, den Journalisten überfiel und mit Ohrfeigen niederschlug.

SPD. London, 29.Januar (Eig.Drahtb.)

Der Waffenstillstand, der auf Betreiben der in der internationalen Siedlung in Schanghai ansässigen Konsuln am Freitag zwischen den Chinesen und Japanern abgeschlossen wurde, hat die Kämpfe um Schanghai nicht beendet. Kurz nach der Unterzeichnung des Abkommens bewarf ein japanisches Flugzeug die Stadt mit Bomben, von denen eine ein Heim der amerikanischen Methodisten zerstörte.

Die chinesischen Truppen haben inzwischen Verstärkung erhalten. Auch die Japaner ziehen weiteres Militär heran. Die chinesische Vorstadt Schapei steht in Flammen. Chinesische Flüchtlinge suchen Schutz in der internationalen Siedlung, werden aber an den Eingängen durch Soldaten der Siedlungsmächte zurückgetrieben. Der sogenannte Waffenstillstand ist also kein Stillstand der Waffen.

Unter diesen Umständen wird die Frage immer dringender, wie sich England zu der wachsenden Gefährdung der internationalen Siedlung verhalten soll, zumal von amerikanischer Seite die englische Beteiligung an einem internationalen Schritt stark gewünscht wird. Das englische Auswärtige Amt hat inzwischen seinen Botschafter in Tokio mit einer Démarche beauftragt, die am Freitag erfolgte. Der Botschafter brachte der japanischen Regierung gegenüber

die Hoffnung zum Ausdruck, dass die internationale Siedlung durch die Vorgänge in der Eingeborenenstadt nicht betroffen werden wird. Ferner wurde Japan gebeten, eine Darlegung seiner bisherigen Massnahmen in China zu geben, sowie eine Erklärung uber die weiteren Absichten zur Verfügung zu stellen. Von diesem englischen Schritt wurde die amerikanische Regierung offiziell verständigt. Amerika wurde zugleich aufgefordert, ebenso zu verfahren. Damit ist England den amerikanischen Wünschen, durch eine feste Haltung eine Ausdehnung des japanischen Machtbereiches zu verhindern, entgegengekommen. Ob England allerdings ebenso weit zu gehen entschlossen ist, wie Amerika, ist eine andere Frage. Grosse Begeisterung zeigen das englische Auswärtige Amt und auch die Presse in London für eine Einmischung Englands im Osten nicht.

SPD. Genf, 29.Januar (Eig.Drahtb.)

In seiner Freitag- Sitzung erhob der Völkerbundsrat das Rechtsgutachten des Haags, laut dem Polen in der Frage der Anlaufung und des Aufenthaltes polnischer Kriegsschiffe im Hafen von Danzig keinerlei besondere Rechte erhalten habe, zu seinem Beschluss. Danzig hat sich bereit erklärt, den polnischen Kriegsschiffen, für die generell nunmehr die international üblichen Regeln gelten, auf den örtlichen Verhältnissen beruhende besondere Erleichterungen zur Verproviantierung, zum Aussuchen der Werft und zum Durchfahren der Danziger Gewässer zu gewähren.

In der Frage der Regelung des Verhältnisses des Hafens von Danzig zu dem von der polnischen Regierung auf polnischem Gebiet in nur sieben Kilometer Entfernung von der Danziger Grenze eröffneten polnischen Hafen Gdingen hat der Rat beschlossen, die neuen Rechtsfragen aus der Anrufung beider Parteien dem schonfrüher geschaffenen Berichtskomitee zur Begutachtung zu unterbreiten. Es ist vor allem die Frage zu klären, welcher der beiden Häfen das Risiko zu tragen hat, wenn der polnische Handel zur vollen Beschäftigung nicht ausreicht

---

SPD. Im Berliner Helldorf-Prozess wurde der Hauptangeklagte Helldorf, der am Dienstag unentschuldigt nach München gefahren und Abends in Nürnberg verhaftet worden war, zu der Freitag-Verhandlung in Moabit vorgeführt. Rechtsanwalt Dr. Sack beantragte sofort, den Pogrom-Führer aus der Haft zu entlassen Helldorf selbst erklärte, dass er seinen Verteidiger, Dr. Triebel, um Rat gefragt hätte. Dieser habe gesagt, dass er unbesorgt reisen könne. Daraufhin sei er abgefahren. Das Gericht kam tatsächlich zu dem Beschluss, den Pogromgrafen aus der Haft zu entlassen. In der Begründung dieses unverständlichen Beschlusses heisst es, dass Heldorf immer pünktlich gewesen sei. Das Gericht habe keinen Anlass, anzunehmen, dass er in Zukunft die Verhandlungen sabotieren und nicht an Gerichtsstelle erscheinen werde.

SPD. Wien, 29.Januar (Eig.Drahtb.)

Die neue Regierung Buresch ist gebildet. Sie entspricht in ihrer Zusammensetzung bis auf die Besetzung des Aussenministeriums im wesentlichen dem ersten Kabinett Buresch. Die Leitung des Auswärtigen Amtes hat Buresch persönlich übernommen. Der bisherige Aussenminister Schober gehört der Regierung nicht an. Im Parlament stützt sich das Kabinett auf 75 Mandate.

SPD. Braunschweig, 29.Jan. (Eig.Drahtb

Nazi-Minister Klagges hat durch den Staatskommissar von Stadtoldendorf der anstelle der Braunschweigischen Stadtverordnetenversammlung die Amtsgeschäfte führt, den Stadtinspektor a.D. Pieperbeck zum Bürgermeister von Stadtoldendorf ernannt. Pieperbeck gehört der NSDAP an. Er wurde wegen seiner Hetpropaganda für die Hitlerpartei aus den städtischen Diensten in Düren im Rheinland entlassen und hat jetzt einen Unterschlupf im Lande Braunschweig gefunden. Auch in diesem Falle hat also das Parteibuch wieder entschieden!

SPD. New York, 29.Jan. (Eig.Drahtb)

Die amerikanischen Eisenbahnergewerkschaften haben sich nach monatelangen Verhandlungen nunmehr bereit erklärt, auf der Basis einer Lohnkürzung um 10 % ein neues Lohnabkommen abzuschliessen. Für die Einführung von Alterspensionen, Entlassungsentschädigungen und des Sechsstundentags soll eine gemischte Kommission die notwendigen Pläne ausarbeiten.

SPD. Braunschweig, 29.Jan. (Eig.Drahtb

Die Bundesleitung des Deutschen Beamtenbundes erklärt zu der Auflösung des braunschweigischen Landesverbandes der Polizeibeamten durch Nazi-Klagges, dass das Verhalten der Verbandsleitung durchaus einwandfrei gewesen sei, und dass weder das Verhalten der Leitung noch der Mitglieder das Verbot des Verbandes rechtfertige. Der Deutsche Beamtenbund hat sich an den Reichsinnenminister gewandt, um eine Zurücknahme des Verbots zu erreichen.

Klagges sucht sich neuerdings mit dem Hinweis herauszureden, dass er die Verbindung des Verbandes mit einer Partei, die den Zweck verfolge, das heutige Regierungssystem mit Gewalt zu stürzen, nichtdulden werde. Herr Klagges weiss so gut wie andere Leute, dass zwischen dem dem Deutschen Beamtenbund angeschlossenen Landesverband der Polizeibeamten und der KPD keine Verbindung besteht.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Geheimnis um Agabekow.

Ein zweiter Fall Kutjepoff? - Die Reise nach Konstanza. - Rumänische Rätsel.

SPD. Paris, Ende Januar (Eig.Bericht)

Die Pariser Öffentlichkeit beschäft sich augenblicklich mit einer Affäre, die an das rätselhafte Verschwinden des weissgardistischen Generals Kutjepoff erinnert. Kutjepoffs Schicksal ist ungewiss: durch Zeugenaussagen ist angeblic festgestellt worden, dass Kutjepoff eines Tages von Agenten der Sowjets im Aut entführt und ermordet worden sein soll. Die genaue Wahrheit wird man vermutlic nie erfahren.

Sehr merkwürdig ist auch der Fall des früheren Leiters des sowjetrussischen politischen und militärischen Geheimdienstes im nahen Osten, Agabekow. Agabekow wurde unter falschen Vorspiegelungen von Brüssel nach Rumänien gelockt. Es misslang, ihn in Konstanza auf einen griechischen Dampfer zu verschleppen; man beschloss deshalb, ihn zu töten. Im letzten Augenblick wurde der Plan von der rumänischen politischen Polizei vereitelt, der Attentäter mit dem Revolver in der Hand verhaftet. Gleichzeitig mit dem Attentäter wurden auch Agabekows politische Nachfolger, Tschernow, ein griechischer Kommunist, ein bulgarischer Kommunist und weitere 5 Personen festgenommen.

Das Ende der Tscheka-Laufbahn.

Agabekow, ehemaliger roter Offizier und Teilnehmer des Bürgerkriegs, begann seine Tscheka-Laufbahn im inneren Russland. Eine Zeitlang arbeitete er in Turkestan, wurde dann zum Leiter des Geheimdienstes in Afganistan ernannt, kam später nach Persien und von dort nach Konstantinopel. Bei ihm liefen die gesamten Fäden der politischen und militärischen Geheimtätigkeit im nahen Osten zusammen. Anfang 1930 kehrte er aber plötzlich seinen sowjetistischen Auftraggebern den Rücken. Er weigerte sich, nach Moskau zurückzukehren. Er hatte sich in eine junge Engländerin verliebt, wollte sie nicht verlieren, fuhr nach Westeuropa und heiratete das junge Mädchen.

Unmittelbar darauf erfolgten seine Enthüllungen. Er offenbarte den Geheimdienst Sowjetrusslands im fernen und im nahen Osten, verriet eine grosse Zahl von wichtigen Namen, nannte u.a. auch den früheren Sekretär von Stalin, Baschanoff, und den Leiter des Sowjet-russischen Geheimdienstes in Deutschland, Dr. Goldenstein. Die Veröffentlichungen führten zu zahlreichen Verhaftungen. Für den Sowjet-russischen Geheimdienst bedeutete Agabekow eine ständige Gefahr.

Die Millionärin in Odessa.

In Paris lebte ein alter Georgier namens Filia; seine Frau und Tochter befanden sich in Odessa. Filia litt grosse Not, während in einer schweizer Bank mehrere 100 000 Franc lagen, die seiner Frau gehörten. Ohne deren Vollmacht konnte das Geld nicht abgehoben werden. Die Frau erhielt aber von den Sowjet-Behörden keine Ausreisebewilligung. Durch Vermittlung eines Griechen namens Panajoti lernte Filia den Instrukteur für Zentralheizungsanlagen Lecoq kennen. Lecoq besass zahlreiche Bekannte unter den in Paris lebenden Russen, er versprach Filia behilflich zu sein. Das Vermögen der Frau Filia in der schweizer Bank hatte unterdessen in den Vorspiegelungen der Interessenten die Höhe von vielen Millionen erreicht. Lecoq wandte sich an Agabekow mit dem Ersuchen, ihm zu helfen, Frau Filia aus Sowjet-Russland herauszuholen. Agabekow, der eine Falle ahnte, ging auf alles zum Schein ein und begab sich zwecks weiterer Verfolgung der Angelegenheit nach Sofia. Die Reise verlief ergebnislos; Agabekow kehrte nach Brüssel, seinem ständigen Wohnsitz, zurück.

Der Mordplan.

Lecoq trat zum zweiten Mal an Agabekow heran. Man fuhr gemeinsam nach Bukarest, von da nach Konstanza. Agabekow hatte hier Besprechungen mit verschiedenen Mitgliedern der ausländischen GPU., von denen ein grosser Teil aus Bulgarien herbeigereist war; u.a. lernte Agabekow in Bukarest eine junge Dame kennen, die ihm erzählte, dass ihr Vetter in den nächsten Tagen auf dem griechischen Dampfer "Philomena" aus Odessa in Konstanza eintreffen würde - ob er ihn nicht an Bord besuchen wolle? Agabekow, der wusste, wo das hinaus sollt ging auf den Vorschlag nicht ein, sondern informierte die rumänische Polizei. Es wurde in Erfahrung gebracht, dass Agabekow am 9.Januar erschossen werden sollte.....

Am Sonnabend, den 9.Januar, speiste Agabekow in einem Konstanzaer Restaurant in Gesellschaft von Lecoq zu Mittag, als plötzlich vor dem Hause Lärm entstand; die rumänische Polizei hatte einen Mann namens Alexeeff in dem Augenblick verhaftet, als er, den Revolver in der Hand, im Begriffe war, durch das Fenster auf Agabekow zu schiessen. Alexeff erklärte, er habe Agabekow aus persönlichen Motiven töten wollen, er sei nach Konstanze aus Konstantinopel gekommen; er musste aber schliesslich zugeben, auf dem griechischen Dampfer "Philomena" aus Odessa eingetroffen zu sein. Der ihm abgenommene Revoler war eine militärische Mauserpistole. Der Kapitän des "Philomena" gestand, sich bereit erklärt zu haben, auf der Rückfahrt einen Gefangenen nach Odessa mitzunehmen.

Und Agabekow schweigt...

Agabekow ist nach Brüssel zurückgekehrt: die rumänische Polizei soll ihn reich entlohnt haben. Ueber die wahren Zusammenhänge will er nichts verlauten lassen. Lecoq hat seiner Zeit in dem Lokalverkehrt, das auch vom General Kutjepoff besucht wurde; sein Schwager ist Inhaber eines Pariser Hotels, in dem auch Kutjepoff einst gewohnt haben soll. Filia will in Sowjetdiensten gestanden haben.

Die ganze Angelegenheit scheint reichlich mysteriös. Zieht man die Methoden der rumänischen Polizei in Erwägung, so ist manversucht anzunehmen, dass der ganze Anschlag auf Agabekow vielleicht nicht anders war, als ein Vorwand, leitende Persönlichkeiten des sowjetrussischen Geheimdienstes mit seiner Hilfe einzufangen und unschädlich zu machen. War es doch nicht zuletzt der Tätigkeit Agabekows zu verdanken, dass die kommunistische Organisation in Rumänien so gut wie zerstört wurde! Ist also auch in diesem Fall der frühere Leiter des sowjet-russischen Geheimdienstes im nahen Osten ein Verräter an seinen früheren Auftraggebern?

\+ + +

Gasexplosion. Im dritten Stock eines Liegnitzer Wohnhauses, in dem das Städtische Gaswerk gegenwärtig Arbeiten ausführt, ereignete sich am Freitag Mittag eine furchtbare Gasexplosion. Ein 84 Jahre alter Rentner wurde von einer riesigen Stichflamme getroffen und schwer verletzt. In der Wohnung wurden grosse Verwüstungen angerichtet. Im Mauerwerk des Hauses entstanden überall grosse Sprünge. Die Schuldfrage ist noch ungeklärt.

\+ + +

Vom Leoparden zerfleischt. In der Wohnung des Kunstmalers Othegraven in Berlin-Steglitz wurde am Freitag-Mittag die 1½-jährige Tochter Erika des Portiers Scharies von einem Leoparden zerfleischt. Der Maler hat das Tier vor 3 Jahren von einer Afrikareise mitgebracht.

Die Portierfrau war in die Wohnung des Malers gegangen, um eine Kleinigkeit für den Haushalt zu borgen. Ihre Tochter trug sie auf dem Arm. Der Leopard, der sonst an einem Raubtiereisen festgehalten wird, hatte sich unbemerkt freigemacht, stürmte in einem wilden Satz vor den Augen seines Besitzes auf Mutter und Kind, riss das kleine Mädchen aus den Armen der Mutter und zerfleischte es buchstäblich. Das rasende Tier stürzte sich dann auch auf die Mutter, die entsetzt um Hilfe schrie; Frau Scharies erlitt schwere innere Verletzungen. Der Leopard beruhigte sich erst wieder, nachdem ihm der auf die Hilferufe herbei-

geeilte Vater des getöteten Kindes mit einem Eisenhammer wiederholt auf den Schädel geschlagen hatte.

Der Maler wurde verhaftet. Er war wiederholt von der Polizei darauf aufmerksam gemacht worden, dass es unzulässig ist, in einem Wohnhaus ein wildes Tie zu halten.

\+ + +

Eltern fordern Sühne. Im Lübecker Kindertod=Prozess brachte am Freitag die Staatsanwaltschaft zum Ausdruck, dass die Plädoyers der Verteidigung ihre Ueberzeugung von der Schuld der Angeklagte nicht ins Wanken gebracht hätten. R.=A. Dr. Wittern, einer der Vertreter der Nebenkläger, führte aus, dass die Verurteilung der Angeklagten in keinem Falle einen Freispruch Calmettes bedeute; "sind die Angeklagten schuldig, so sind sie es durch Professor Calmette geworden". - R.=A. Dr. Cantor trat diesen Worten energisch entgegen: Calmette habe mit dem Lübecker Unglück nichts zu tun; er hoffe - erklärte Dr. Cantor -, dass das Gericht dies in seiner Urteilsbegründung feststellen werde. Schliesslich erteilte der Vorsitzende dem Vertreter zahlreicher Eltern, Münstermann, das Wort. Er schloss seine Ausführungen, die einen tiefen Eindruck hinterliessen, mit dem Bekenntnis: "Ich bin ehrlich genug, zu sagen, ein Vergeben kann es für die Schmerzen, die unsere Kinder erlitten haben, für die seelischen Leiden, die wir Eltern durchgemacht haben, nicht geben. Wir verlangen Sühne. Das gerechte Urteil, das wir erwarten, muss ein flammendes Signal sein, dass sich ein Unglück, wie es in Lübeck geschehen ist, nicht wieder ereignet!"

\+ + +

Sklareks Hellseherin. In der Freitag=Sitzung im Berliner Sklarek=Prozess beschäftigte sich das Gericht mit den Beziehungen der Gebrüder Sklarek zu der infolge Krankheit nicht vor Gericht erschienen Hellseherin Frau Seidler. Willi Sklarek erklärte, dass nur sein Bruder Max Beziehungen zu Frau Seidler unterhalten hätte. Max habe ihr jede Kleinigkeit erzählt, fast täglich sei er bei ihr gewesen, fast täglich habe sie ihn beraten. Leo Sklarek bestätigte diese Aussage. Er erzählte, dass Frau Seidler seinem Bruder Max nach dessen Verhaftung 8 000 Mark als Verteidigungszuschuss zur Verfügung gestellt habe. Der Vorsitzende nahm auf eine frühere Vernehmung Frau Seidlers bezug: Frau Seidler soll ausgesagt haben, dass Leo Sklarek ihr gegenüber erklärt hätte, dass die Angelegenheit mit der Stadtbank schief gehen und ihn und seine Brüder ins Zuchthaus bringen könne. Auf diesen Vorhalt erwiderten Leo und Will Sklarek, dass sie derartige Ausführungen niemals gemacht hätten; Frau Seidler sei unglaubwürdig. Schliesslich erklärte der Mitangeklagte Sklarek=Buchhalter Lehmann, dass Max Sklarek jeden Sonnabend 200 Mark an die Hellseherin geschickt hätte.

\+ + +

Die Raubschüler. Die beiden Naumburger Oberprimaner, die vor einigen Wochen bei einem Raubüberfall auf einen Studienassessor festgenommen worden waren, wurden in Naumburg wegen vollendeten schweren Einbruchdiebstahls, wegen räuberischer Erpressung mit der Amtsanmassung und wegen teils vollendeten, teil vollendeten, teils versuchten schweren Einbruchsdiebstahls in weiteren fünf Fällen zu 3 bezw. 2,6 Jahren Gefängnis verurteilt.

\+ + +

Wetterkatastrophe in Norwegen. Die norwegische Provinz Drontheim wird von einer grossen Ueberschwemmungskatastrophe, die zahlreiche Erdrutsche zur Folge hat, heimgesucht. Sämtliche Flussläufe steigen stark an. Zahlreiche Häuser wurden zerstört, tausende von gefällten Bäumen weggeschwemmt, mehrere Brücken vom Wasser fortgerissen. In Leksviken ist infolge Dammbruchs das Elektrizitätswerk unterspült worden.

Gewerkschaftliche Rundschau

Ziel und Weg.

Zum Kampf um die Arbeitsbeschaffung.

SPD. Reichskanzler Brüning erklärte in seiner Unterredung mit dem Reichstagspräsidenten Löbe über das Problem der Arbeitsbeschaffung, auch seine Ueberzeugung sei es, dass unbedingt etwas geschehen müsse. Das ist nun wenigstens mal ein Wort nach einer langen Periode der Tatenlosigkeit. Lange Zeit erweckte die Reichsregierung den Eindruck, als ob sie gegenüber der immer unheimlicher werdenden Arbeitslosenfrage verzage und fatalistisch und resigniert die Hände in den Schoss legen wolle.

Der neue Anstieg der Arbeitslosenziffer, der nur noch zu einem geringen Teil saisonbedingt ist, müsste für die Regierung Anlass genug sein, sich aus ihrer Passivität aufzuraffen. Nach der amtlichen Statistik ist rund ein Drittel aller Arbeitnehmer ohne Arbeit, und in Gewerkschaftskreisen befürchtet man, dass die Arbeitslosenzahl - wenn sich 1932 das gleiche Bild wie im vergangenen Jahr wiederholt - nach Ueberwindung des Winters und der durch ihn bedingten saisonalen Arbeitslosigkeit bestenfalls auf 5 bis 5½ Millionen herunterginge. Kein Wunder, wenn aus der Arbeiterschaft heraus der Ruf nach Arbeit immer stärker und stürmischer hervorbricht. Die Regierung muss jetzt endlich aus der von ihr bisher beobachteten Reserve heraus.

Mit schärfstem Nachdruck verlangt das die "Gewerkschaftszeitung", das Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Sie erinnert daran, dass der Lohnabbau die Kaufkraft der Massen weiter eingeschränkt und damit die Arbeitslosigkeit weiter erhöht hat. Sie macht darauf aufmerksam, dass die unsinnig überspannten zollpolitischen Massnahmen zu neuen Preissteigerungen führen und damit zu einer neuen Hemmung der erstrebten Erweiterung der Massenkaufkraft durch Preisabbau. Sie verweist auf die Gefährdung des deutschen Exports in die durch den Zoll in ihrem Export nach Deutschland gestörten Länder. In der Arbeitszeitfrage - so fährt die Gewerkschaftszeitung im Sündenregister der Regierung fort - begegnet man ebenfalls einer bedenklichen Passivität, obwohl alle Welt darüber im klaren ist, dass der Achtstundentag durch die moderne Technik überholt und die 40-Stundenwoche bereits eine Tatsache ist - nur verschleiert dadurch, dass neben den 7 Millionen Arbeitslosen weitere Millionen als Kurzarbeiter weit weniger als 40 Stunden arbeiten, während nur noch der kleinere Teil der Arbeiter 48 Stunden und mehr arbeitet. Noch immer arbeiteten Hunderttausende Ueberstunden in fast unbegrenztem Umfang. Die Notstandsarbeiten sind immer weiter zurückgegangen. Die pompös angekündigte Arbeitsbeschaffung der Reichspost und Reichsbahn hat sich fast völlig verflüchtigt; denn Mehrbeschäftigungen stehen Massenentlassungen an anderer Stelle gegenüber. In den Amtsstuben will man anscheinend die Notstandsarbeiten überhaupt einstellen, um hierfür etwa verfügbare Mittel für den Freiwilligen Arbeitsdienst zu benutzen. Die Gewerkschaften verwerfen den Freiwilligen Arbeitsdienst nicht rundweg; denn Arbeitsbeschaffung ist nicht nur ein Problem der Wirtschaft, sondern auch ein seelisches Problem. Wo sich die Möglichkeit wirklich zusätzlicher Arbeit bietet, kann man den Freiwilligen Arbeitsdienst in Kauf nehmen. Schafft man aber im Freiwilligen Arbeitsdienst Arbeiten, die dem freien Arbeitsmarkt entzogen werden, verwendet man die für Notstandsarbeiten bereitgestellten Mittel für den Arbeitsdienst, dann wird nur unermesslicher Schaden angerichtet.

Ein langes Sündenregister! Gewissenserforschung könnte der Reichsregierung nicht schaden. Ihre bisherige Tatenlosigkeit hat auch dazu geführt, dass in der Arbeitsbeschaffung bereits gefährliche Wege eingeschlagen werden. Hierher gehört z.B. der Versuch, Wohlfahrtserwerbslose unter der Bedingung zu beschäftigen, dass die Gemeinden dem Arbeitgeber für jede einzustellende Kraft einen Zuschuss von etwa 2 Mark pro Tag geben. Die Reichspost verfolgt solche Pläne und - kündigt 2500 Stammarbeitern. Der Deutsche Städtetag hat sich bereit erklärt, seinen Mitgliedsstädten die Gewährung solcher Zuschüsse zu empfehlen. Dass das zu unhaltbaren Zuständen führt, liegt auf der Hand. Schon gibt es Firmen, die bereit sind, gegen die Gewährung solcher Zuschüsse einen verkrachten Betrieb zu übernehmen. Sie wollen auf diese Weise die Konkurrenz schlagen und darüber hinaus sich auch noch die Möglichkeit schaffen, die Belegschaft in ihren nichtsubventionierten Betrieben abzubauen. Dass auch die Arbeitgeber an einer solchen Lösung der Arbeitsbeschaffung kein Interesse haben können, versteht sich von selbst. Worauf die Gemeinden hinaus wollen, ist leicht zu erraten. Sie wollen mit der Subventionierung nur ihre Wohlfahrtserwerbslosen "versicherungsreif" machen, d.h. sie wieder der Arbeitslosenversicherung und der Krisenversicherung zuschieben.

Neben diesen höchst bedenklichen Formen von Arbeitsbeschaffung steht dann noch das Problem der Kreditausweitung, mit deren Hilfe seit einigen Wochen in verschiedenen Lagern die Arbeitsbeschaffung zu lösen versucht wird. Der Reichskanzler erklärte dem Reichstagspräsidenten Löbe zur Frage der Arbeitsbeschaffung durch Krediterweiterung, dass in keiner Weise die Währung gefährdet werden würde. Das versteht sich von selbst - für die Gewerkschaften. Auf der anderen Seite macht aber eine Regierung, die aus lauter Angst vor der Währung gar nichts unternimmt, auch keinen imponierenden Eindruck. Jedenfalls wird es jetzt allmählich Zeit, dass auch über den bisher noch offenen Weg zur Arbeitsbeschaffung Klarheit geschaffen wird.

Das Ziel steht fest. Die Gewerkschaftszeitung hat es plastisch klar herausgearbeitet: "Wir brauchen eine systematische Arbeitsbeschaffung, und wir müssen die Hindernisse überwinden. Ueber den tausend Bedenken steht die grenzenlose Not des Volkes. Lässt sich international der Weg nicht finden, so muss er national gefunden werden. Die Regierung hat für in Bedrängnis geratene Banken Hunderte von Millionen bereitstellen können. Sie stellt der Landwirtschaft neben dem Schutzzoll ungeheure Mittel zur Verfügung; sie garantiert jetzt wieder die Düngerversorgung und verheisst der Landwirtschaft weitere kostspielige Hilfe. Der Arbeitslose hat ein Recht, gleiche Hilfsbereitschaft für die Zwecke der Arbeitsbeschaffung zu verlangen. Die Regierung muss trotz finanztechnischer Schwierigkeiten und Bedenken Mittel zur Arbeitsbeschaffung grösseren Stils in irgend einer Form bereitstellen. Darüber müssen die nächsten Wochen entscheiden. Pläne, und zwar finanztechnisch fundierte Pläne kennt die Regierung. Sie muss endlich den Mut zur Tat haben."

SPD. Der Sekretär der Transportarbeiterinternationale, Edo Fimmen ist von seiner im Auftrag des Stockholmer Internationalen Transportarbeiterkongresses unternommenen Reise nach dem Fernen Osten nach Amsterdam zurückgekehrt. Seine Mitteilungen über den Zweck und das Ergebnis der Reise sind von grossem Interesse.

Die Transportarbeiterinternationale hat schon seit längerer Zeit mit Ostasien Verbindung. Verschiedene ostasiatische Arbeiterverbände sind ihr angeschlossen, so z.B. der Japanische Seeleuteverband, ein Eisenbahnerverband in China, zwei Eisenbahnerverbände in Indonesien und drei Seeleuteverbände, ein Binnenschifferverband und ein Eisenvahnerverband in Britisch-Indien. Fimmen sollte im Fernen Osten eine Konferenz zur Schaffung eines Untersekretariats der Transportarbeiterinternationale vorbereiten; allein weder die englische

noch die niederländische Regierung gestattete ihm die Einreise in ihre indischen Gebiete. Trotzdem ist das Ergebnis der Reise zufriedenstellend.

In Japan dürfte sich binnen kurzem der sehr starke japanische Binnenschifferverband an die Transportarbeiterinternationale anschliessen. Die Organisationsarbeit in Japan trägt nach Fimmens Auffassung noch sehr stark rein japanischen Charakter. Von der internationalen Bewegung habe man dort noch wenig begriffen. Ebenso lasse das Verständnis für die Amsterdamer Richtung in der Gewerkschaftsbewegung und für die Zweite Internationale noch viel zu wünschen übrig, womit jedoch nicht gesagt sei, dass man in Japan mehr nach Moskau hinneige. Die Arbeiterbewegung stecke in Japan gewerkschaftlich und politisch noch sehr in den Kinderschuhen, und der Druck von oben hemme ihre Entwicklung. Die Versammlungen stünden unter strenger polizeilicher Kontrolle; die Versammlungsbesucher wurden am Saaleingang nach Waffen untersucht, ja selbst ihr Schuhzeug mussten sie vor der Polizei ausziehen. Die Schärfe dieser polizeilichen Kontrolle habe sich anlässlich einer Tagung des Postverbandes drastisch gezeigt: bei 150 Delegierten seien nahezu 50 Schutzleute im Saale anwesend gewesen und diese hätten, als die Debatte etwas lebhafter wurde, sofort die Tagung aufgelöst.

Auch Fimmen selbst stand unter scharfer polizeilicher Aufsicht. Trotzdem konnte er unter verschiedenen Transportarbeitergruppen seine Propagandaarbeit durchführen.

In China traf Fimmen noch viel schwierigere Verhältnisse. Die chinesische Gewerkschaftsbewegung kenne keine Koalitionsfreiheit; sie stehe unter terroristischem Druck. Organisationen, die sich dem freigewerkschaftlichen Standpunkt annähern, müssten illegal arbeiten, und auch innerhalb der führenden Verbände herrsche in China vollkommene Diktatur. Von oben her werde vorgeschrieben, was zulässig und was verboten sei. Die Mitglieder hätten nichts zu sagen; eine Opposition werde nicht geduldet. Wer Opposition treibe, wandere im günstigten Fall ins Gefängnis oder er werde, was häufig vorkomme, enthauptet. In China sässen zurzeit die Arbeiterköpfe sehr lose. Von öffentlichen Zusammenkünften der Arbeiter sei daher auch so gut wie keine Rede. Unter den Angehörigen der beiden herrschenden Klassen herrsche völlige Korruption; für den chinesischen Arbeiter sei es Jacke wie Hose, wer zurzeit gerade die Macht ausübe.

In Manilla, der Hauptstadt der Philippinen, fand Fimmen eine starke Zersplitterung unter der Arbeiterschaft vor. Allein die Seeleute haben hier nicht weniger als sieben Organisationen. Das Ziel dieser Gewerkschaften besteht lediglich in der Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

SPD. Die Zahl der Arbeitslosen in Sachsen betrug Ende Dezember nach einer Mitteilung des sächsischen Gemeindetages 672 831 oder 134,6 auf 1000 Einwohner. Im Landesarbeitsamtsbezirk Sachsen leidet jeder fünfte, im Landesarbeitsamtsbezirk Südwestdeutschland jeder zehnte Einwohner unter der Arbeitslosigkeit.

Besonders gross ist in Sachsen die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen und daher auch die finanzielle Belastung der Gemeinden. Der sächsische Gemeindetag zieht daraus den Schluss, dass die Durchführung einer einheitlichen Reichsarbeitslosenfürsorge unbedingt notwendig sei.

Wirtschaft Technik Handel

Oberhüttensanierung.

Sozialisierung der Privatverluste, aber leider keine Oberschlesiensanierung.

SPD. Aus Oberschlesien wird gemeldet, dass die Sanierungsverhandlungen für die Oberschlesische Hüttenwerke A.G. abgeschlossen sind. Die Meldungen besagen leider nicht, was aus den anderen Unternehmungen in Oberschlesien werden soll. Sie besagen auch nichts darüber, ob die getroffene Regelung lebensfähig sein wird. Im übrigen fehlt eine amtliche Bestätigung.

Ohne Zweifel kann es sich nicht um eine endgültige Entscheidung handeln, schon aus dem Grunde nicht, weil jede Neuregelung nach der von der Reichsregierung gegebenen Zusicherung vom Haushaltsausschuss des Reichstages zu genehmigen ist. Die Neuregelung, wie sie offenbar die Banken wollen, erscheint uns vom öffentlichen wie vom gesamtwirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen so unbefriedigend, dass wir uns kaum vorstellen können, dass das Reich und die parlamentarischen Instanzen diese billigen können.

Es herrscht in den Kreisen der Sachverständigen darüber Einstimmigkeit, dass die oberschlesische Montanindustrie nur durch eine Gesamtreorganisation, durch eine Zusammenfassung von Oberhütten, Ballestrem und Borsig saniert werden kann. Diese "grosse Lösung", unseres Erachtens überhaupt die einzige Lösung, soll an dem Widerstand der Bankgläubiger gescheitert sein. Die "Deutsche Bergwerkszeitung" drückt sich etwas klarer aus. Die umfassende Zusammenarbeit soll nämlich deswegen nicht durchgeführt werden, weil das Reich auf einen entsprechenden Einfluss "in der beabsichtigten Kombination nicht verzichten wollte." Also das Reich soll nur Dutzende von Millionen an Subventionen gewähren, zusehen, wie die Unternehmungen dank der glänzenden Führung der Generaldirektoren und der kontrollierenden Banken zugrunde gerichtet werden, nachher die Verluste der Banken und Grossaktionäre decken; aber eine vernünftige Reorganisation wird sabotiert, weil die öffentlichen Körperschaften die selbstverständliche Forderung nach Beteiligung und Kontrolle ablehnen.

Reich und Preussen haben bereits so grosse Opfer gebracht, haben ferner auf den ganzen Oberhüttenkomplex ein uneingeschränktes Pfandrecht, dass sie wahrlich stark genug sein müssten, die Obstruktion der vom Reich abhängigen Banken zu brechen und eine im Interesse des Grenzgebiets liegende Gesamtbereinigung und Lösung durchzusetzen.

Nach den vorliegenden Meldungen, die uns allerdings von den Banken lanciert erscheinen, soll nun zunächst nur Oberhütten bereinigt werden und zwar "unter gleichmässigen Opfern". Die Banken wollen gnädigst von ihren ungesicherten Forderungen in Höhe von 19,5 Millionen Mark 3½ Millionen abstreichen. Der öffentliche Kredit in Höhe von nominell 36 Millionen Mark wird nur mit einem Gegenwartswert von 28 Millionen Mark eingesetzt (auf Grund der Zinsverbilligung); hiervon sollen Reich und Preussen nochmals auf 10 Millionen Mark Verzicht leisten. Das ist freilich eine merkwürdige Parität.

Das Aktienkapital von Oberhütten soll von jetzt 30 Millionen auf 4 Millionen zusammengelegt werden und dann wieder auf 20 Millionen erhöht. Obwohl Oberhütten völlig fertig, völlig pleite ist, sollen die alten Aktionäre, d.h. Ballestrem, 4 Mill. Aktien gratis und franko erhalten, 9 Millionen Reich und Preussen -der selbstverständliche öffentliche Anspruch auf Beteiligung ist damit wenigstens bei Oberhütten anerkannt - und 7 Millionen die Banken durch

Schuldumwandlung, die ihrerseits ihr Aktienpaket gleich an die zum Ballestrem-Konzern gehörige Grube Castellengo weitergeben. Wie der ausgepumpte Ballestrem-Konzern diesen Ankauf finanzieren will, bleibt schleierhaft. Herr Ballestrem erhält ferner das gesamte Belieferungsrecht für Oberhütten mit Kohle, weigert sich aber, sein gutes Kohlengeschäft in die Kombination mit hineinzubeziehen. Das Borsigwerk bleibt nach dieser Meldung völlig ausserhalb der Neuregelung. Es ist kein Geheimnis mehr, dass die Grossbanken bereits über den Hauptteil des Aktienbesitzes der Borsigwerke A.-G. verfügen und auch grosse Bankkredite hier laufen haben. Da die Stillegung der Borsig-Hütte bereits beantragt worden ist, liegt der Verdacht nahe, dass man später mit den gleichen Methoden, die wie jetzt bei Oberhütten angewandt werden, das Werk oder besser gesagt die Bankenverluste zu sanieren versuchen wird.

Man kann die Frage aufwerfen, ob neue Opfer der öffentlichen Hand überhaupt am Platze sind, da ja an sich die öffentliche Hand auf Grund ihres Pfandrechts den Betrieb weiterführen könnte. Wenn aber neue grosse Opfer gebracht werden, dann lassen sie sich nur verantworten, wenn damit eine dauernde Sanierung der gesamten oberschlesischen Montanindustrie erreicht wird. Das bekannt gewordene Projekt stellt aber keine Sanierung Oberschlesiens, sondern in erster Reihe eine Verlustsanierung der Bankengläubiger und der Grossaktionäre auf Kosten der öffentlichen Hand dar.

SPD. Der Siemenskonzern legt die Abschlüsse für das Krisenjahr 1931 vor, wonach die Siemens-Schuckert (Starkstrom) ohne Dividende bleibt. Die Siemens-Halske (Schwachstrom) wird eine Dividende von 9 % verteilen (im Vorjahr 14 %.) Im Starkstromgeschäft hat sich besonders der Ausfall der Bestellungen durch die öffentliche Hand geltend gemacht. Der Bericht des Konzerns bemerkt für die Schuckertgesellschaft, "dass der erhebliche Verlust des Geschäftsjahres durch stille Reserven gedeckt worden ist, weshalb er in der Bilanz nicht zum Ausdruck kommt."

Bei der Siemens-Schuckertwerke A.G. stellt sich der Rohüberschuss auf 22,547 Millionen Mark gegenüber 32,868 Millionen Mark im Vorjahr. An Anleihezinsen hatte die Schuckertgesellschaft 4,84 Millionen aufzubringen gegen 5,48 Millionen Mark im Vorjahre, an Abschreibungen auf Gebäude 1,01 Millionen gegen 1,90 Millionen, angesetzlichen sozialen Leistungen 9,52 Millionen gegen 8,09 Millionen im Vorjahr. Die Ausgaben stellen sich mithin auf 23,155 Millionen Mark, was den Bruttoeinnahmen einschliesslich Vortrag entspricht. Formal schliesst die Schuckertbilanz also ohne Gewinn und Verlust ab.

Der Reingewinn bei Siemens & Halske wird mit 11,073 Millionen Mark angegeben gegen 16,401 Millionen Mark im Vorjahre. Anleihezinsen betragen 13,37 Millionen (im Vorjahre 12,31 Millionen), Abschreibungen auf Gebäude 412 ooo Mark (809 ooo Mark), gesetzliche soziale Leistungen 4,93 Millionen (5,34 Millionen) und freiwillige soziale Leistungen 4,16 Millionen (4,07 Millionen). Die Dividende wird auf 9 % festgesetzt. Sie erfofdert eine Dividendensumme von 8,60 Millionen Mark gegenüber 13,38 Millionen Mark im Vorjahre, wo 14 % gezahlt wurden. Der Aufsichtsrat erhält in diesem Jahre 255 ooo Mark (im Vorjahre 560 ooo Mark). Auf neue Rechnung vorgetragen werden 2,15 Millionen Mark (im Vorjahre 2,458 Millionen)-.

SPD. Die Reichsregierung hat zu dem Streit über die wirklichen Reparationszahlungen Deutschlands am Freitag eine Aufstellung über die deutschen Leistungen bis Ende Juni 1930 veröffentlicht, die nach Aussage der Regierung mit

"grösster Objektivität durchgeführt worden" ist. Die Endziffer besagt, dass Deutschland bisher insgesamt 67,673 Milliarden Mark gezahlt hat.

Auf Grund des Dawesplans sind 7,993 Milliarden Mark abgeführt worden. Die Leistungen auf Grund des Youngplans belaufen sich auf 3,103 Milliarden. Dazu kommt die lange Liste der Zahlungen, die bis zum Inkrafttreten des Dawesplans zu leisten waren bezw. erzwungen wurden. Die Barzahlungen auf Grund des Londoner Zahlungsplan für 1921 und 1922 werden mit 1,7 Milliarden angegeben. Die Rheinlandzölle, die im Jahre 1921 in Kraft waren, erbrachten nur 3 Millionen Mark, die Kohlen= und Kokslieferungen stellen sich auf 2,334 Milliarden Mark. Die abgelieferten Seeschiffe (Handelsflotte) hatten einen Wert von 3,426 Milliarden Mark. Die beschlagnahmten einen Wert von 1,06 Milliarden. Allein das rollende Eisenbahnmaterial, das nach dem Friedensvertrag abzuliefern war, entspricht einem Gegenwert von 1,1 Milliarden. Das nichtmilitärische Material, das man nach Kriegsende an den verschiedenen Fronten zurückliess, machte einen Wert von 5,041 Milliarden Mark aus. An Privateigentum wurden im Ausland 10,08 Milliarden Mark beschlagnahmt. Während der Ruhrbesatzung erzwang die Besatzung Sachleistungen in Höhe von 820 Millionen Mark und Barleistungen von insgesamt 550 Millionen Mark, also insgesamt 1,37 Milliarden Mark. Es handelt sich bei dieser Aufstellung selbstverständlich um Goldmark.

Hier unterscheiden sich die deutschen Aufstellungen von der Aufstellung der Reparationskommission, die viele Posten garnicht erfasste bezw. sie phantastisch niedrig bewertete. So gibt die Reparationskommission die während der Ruhrbesatzung erzwungenen Leistungen nur mit 27 Millionen Mark an. Das im Ausland beschlagnahmte Eigentum erscheint in der Rechnung der Reparationskommission nur mit 13 Millionen Mark, die abgelieferte Seeschifflotte nur mit 756 Millionen Mark usw.

An sonstigen Leistungen führt die deutsche Aufstellung 14,518 Millionen Mark auf. Davon entfallen über 2 Milliarden Mark auf innere Besatzungskosten, 106 Millionen Mark auf Kosten für die interalliierten Kommissionen, 8,5 Milliarden Mark auf die militärische Abrüstung einschliesslich der versenkten Flotte, 3,5 Milliarden Mark auf die industrielle Abrüstung und insgesamt 400 Millionen Mark auf Grenzregulierung, Flüchtlingsversorgung usw.

SPD. Aus dem dem Reichsstädtebund vorliegenden Material über die Erhebung der Bürgersteuer in den mittleren und kleinen Städten im Rechnungsjahr 1931 aus etwa 1000 Städten geht hervor, dass 53 Städte mindestens die 4fache Bürgersteuer erheben. Dabei ist noch zu berücksichtigen, dass in zahlreichen Fällen nachträglich Erhöhungen vorgenommen wurden und dass die Erhebung der dreifachen Bürgersteuer in zahlreichen Gebieten nahezu die Regel bildet. Unter den 53 erwähnten Städten befinden sich 8 preussische, 12 sächsische, 31 thüringische, eine anhaltische und eine mecklenburg=strelitzische Stadt. 300 % Zuschlag zum Landessatz der Bürgersteuer (also die 4fache Bürgersteuer) erheben 35 Städte und zwar 6 preussische, 12 sächsische, 15 thüringische, eine anhaltische und eine mecklenburg=strelitzsche Stadt. Einen Zuschlag von 350 % (also die 4½fache Bürgersteuer) erheben 3 thüringische Städte, einen Zuschlag von 400 % (also die 5fache Bürgersteuer) erheben eine preussische und 12 thüringische Städte, einen Zuschlag von 450 % (also die 5½fache Bürgersteuer) erhebt eine preussische Stadt und einen Zuschlag von 500 % (also die 6fache Bürgersteuer) erheben 2 thüringische Städte. Beachtenswert ist die Tatsache, dass es sich fast ausschliesslich um Städte mit weniger als 2500 Einwohnern handelt, die von der gemeindlichen Finanznot besonders stark betroffen sind.

Ungenügender Reichsroggen.

(Berliner Getreidebörse vom 29.Jan.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse war am Freitag die Stimmung wieder etwas fester. Am Markte der Zeitgeschäfte konnten die meisten Sichten zum Teil sogar merklich anziehen. Auch die Notierungen für prompten Weizen und Roggen lauteten je eine Mark fester. Das Angebot an Weizen war nicht gross. Inländischer Roggen fehlte fast völlig. Dagegen stand weiter Russenroggen zur Verfügung. Mehl hatte schleppenden Absatz. Die Forderungen lauteten für Roggenmehl unverändert, für Weizenmehl 25 Pfennig höher. Hafer hatte stetige Tendenz.

	28.Jan.	29.Jan.
	(ab märkische Station in Mk.)	
Weizen	235 - 237	236 - 238
Roggen	195 - 197	196 - 198
Braugerste	158 - 168	158 - 168
Futter= und Industriegerste	153 - 158	153 - 158
Hafer	139 - 147	139 - 147
Weizenmehl	28,25 - 32,25	28,50 - 32,50
Roggenmehl	27,25 - 29,40	27,25 - 29,50
Weizenkleie	9,60 - 10,00	9,60 - 10,00
Roggenkleie	9,60 - 10,00	9,60 - 10,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 251 (Vortag 250¼), Mai 259½ (258½), Roggen März 294-204½ (204), Mai 211½-212 (209), Hafer März 159½-158½ (159½), Mai 167½-167 Brief (167).

Berliner Viehmarkt.

(29.Januar.)

SPD. Auf dem Schweinemarkt unterschritten die Preise für Tiere der Klasse b (240-300 Pfund) die 40-Markgrenze. Der Handel war ruhig. Die Preise gaben jedoch nur teilweise nach. Ungefähr auf derselben Linie entwickelte sich die Tendenz des Hammelmarkts. Hier konnten die gering genährten Schafe die letzten Preise behaupten. Schlimmer war der Preisfall am Kälbermarkt. Am Rindermarkt genügte der Auftrieb.

Notierungen: Schweine: a) (über 300 Pfund) -(-) b) (240-300 Pfd.) 39-40 (40), c) 200-240 Pfd.) 38-39 (38-40), d) (160-200 Pfd.) 35-37 (35-38), e) (120-160 Pfd.) 32-34 (32-34). Sauen 34-35 (34-35). Schafe: a) 38-39 (38-40), b) 35-37 (36-38), c) 30-35 (32-35), d) 22-27 (23-27). Kälber: b) 37-45 (40-47), c) 26-36 (27-40), d) 18-25 (18-25). Kühe: a) 24-28 (24-26), b) 20-23 (20-23) c) 16-19 (16-19), d) 12-15 (12-14).

SPD. Während sich in Berlin nach der Zollerhöhung der Butterpreis nur um 3 Mark pro Zentner (I.Sorte auf 103, II.Sorte auf 96 und abfallende Sorte auf 86 Mark) steigerte, konnte sich in Hamburg eine Preiserhöhung von 103 bis 106 Mark für die I.Sorte auf 111 bis 114,80 Mark durchsetzen. Die übrigen Sorten stiegen von 96 bis 102 Mark auf 104 bis 110 Mark.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S·P·D

Berlin, den 29.Januar 1932.

Kultur.

SPD. Grell leuchtet die Geschäftsauslage in die lebhafte, im Auf und Ab der Grosstadt fiebernde Verkehrsstrasse hinein. Menschen schalten eine kurze Pause in der Vorwärtshast ein, bleiben stehen und blicken geblendet in das Auslagenfenster. In der Mitte des Fensters steht eine Lampe, die - an einen Lichtautomaten geschaltet - sekundenlang aufleuchtet, um dann wieder sekundenlang zu verlöschen.

Die Lampe durchleuchtet ein Tier. Ein totes Tier. Vor der Lampe ist zu lesen:

"Das Gürteltier (Armadillo) lebt in Süd- und Zentralamerika. Es baut sein Nest ca. 2 m unter der Erde und verlässt es nur Abends, um Nahrung zu suchen. Es bekommt stets nur vier Junge des gleichen Geschlechts. - Sehr originell! Unverwüstlich! Eine Zierde für jedes Damenzimmer! Körbchen aus einer ganzen Gürteltierschale für Früchte!"

Gürteltiere sind sehr liebe, zutrauliche und ausserst nützliche Tiere, deren Daseinszweck kaum darin zu suchen sein dürfte, dass ihre Hornhülle Fruchtschalen und Lampenschirme abzugeben hat.

Die Menschen fragen nicht nach Zweck und Ursache, nach der Daseinsharmonie und der Geschlossenheit der Gesamtheit. Sie fordern, denn sie bilden sich ein, in Kultur zu machen, ihre unsinnigsten Launen schrankenlos dort austoben zu können, wo sie zerstörend und verheerend sich ungestraft auswirken können. In diesem Fall bei den Gürteltieren. Welche Tierart wird in der nächsten Saison dem Zerstörer Mensch zwecklos zum Opfer fallen?

Neben dem hell erleuchteten Geschäft, in dessen ausgestellten, aus Tierhüllen hergestellten Fruchtschalen köstliches Obst serviert werden soll, steht ein Mann. Er blickt schweigend vor sich hin, steht, an die Mauer gepresst, reglos wie eine Statue. Seine Augen sind glanzlos, grünlich überschleiert: er ist blind. In den Händen hält er Zeitschriftenhefte, Altware aus dem vorigen Jahre, und wartet, dass sie ihm jemand abkaufen werde. Hin und wieder wird eine Münze auf die Hefte gelegt - sie ist immer die kleinste -; dann zittern tastend die Finger über das Papier, suchen und ergreifen das Geldstück und schieben es in die Tasche. "Danke!" Es klingt tonlos, zaghaft, gewissermassen Verzeihung heischend. Not überfliesst die Gestalt, das Gesicht, die Kleider, diesen ganzen Menschen.

Wenn in später Nachtstunde das Licht in der Auslage erlischt, die Glut erstirbt in der Gürteltierschale, die sie rosig durchleuchtet, sodass der Anschein erweckt wird, als pulsiere noch Blut in der Schale, dann kommt ein blasser, magerer Bub. Er greift nach der Hand des blinden Mannes, und beide gehen wortlos nebeneinander durch die Strassen der nächtlichen Millionenstadt weit hinaus in einen der Vororte und verschwinden schliesslich in einem Hause mit ausgetretenen Treppen und muffiger Luft. Auf einen nackten, zerkerbten Holztisch legt der Blinde die Münzen; eine Frau zählt sie langsam und bedächtig, und der blasse, magere Bub sieht mit brennenden Augen zu. Alle wissen, dass das Geheimnis des Morgen in der Zahl dieser Münzen geborgen liegt.

Dann gehen die Menschen schlafen. Zerdrückt. Zermürbt. Ein Stück Brot gibt's noch, eine Schale Tee mit wenig Zucker, damit der Magen durchwärmt wird. Und keine Hoffnung lebt im Herzen, keine Liebe; alles Fühlen und Denken ist eine klaffende Wunde, ein zerschneidender Schmerz. Mann und Frau finden

keine Tränen. Der Bub weint manchmal Nachts still in ein zerschliessenes Polster hinein.

Auch das Gürteltier (Armadillo), das in Süd- und Zentralamerika lebt, schläft in der Auslage. Wer dieses Opfer für hässlich-dumme Launen weniger Snobs käuflich erwerben will, der muss einige Banknoten auf den Tisch legen. Die Münzen des Blinden erreichen nach sechs Monaten Hoffnungslosigkeit nicht die Höhe dieser Banknoten.

Und alle die Menschen, die an dieser Auslage vorbeigehen, das Gürteltier sehen und den Blinden, würden sich gewaltig empören, wenn man die geistige und seelische Kultur unsrer Zeit in Frage stellen würde.

Per Boll.

Fastnachtsbräuche.[x]

SPD. Die Fastnacht, der Tag vor dem Aschermittwoch, der noch einmal die Lebenslust sammelt, ehe die Zeit der Busse beginnt, erscheint heute als ein rein kirchliches und christliches Fest. Tatsächlich ist sie wahrscheinlich entstanden aus dem heidnischen Brauch einer Vorfrühlingsfeier, bei der man die in den Baumzweigen neu aufsteigenden Triebsäfte begrüsste und den Winter zu Grabe trug. Auf diese Symbolik deuten allerlei Bräuche hin, die sich bei dem Landvolk in den verschiedensten Gegenden Deutschlands teilweise bis in den Beginn unsres Jahrhunderts erhalten hatten. Die Berührung mit Zweigen, die von aufsteigendem Safte neu belebt waren, sollte Glück bringen, besonders in der Ehe, und man nahm diese Berührung vor allem in Niederdeutschland vor. Die Kinder gingen mit Birkenruten zu den Paten; die Mädchen wurden von den Burschen durch Rutenschlagen "geäschert", wie man es nannte, weil dies nicht am Fastnachtsabend, sondern am Aschermittwoch früh geschah. Kinder, die mit den Zweigen kamen, erhielten Kuchenbrezeln dafür, in Hinterpommern auch Speck und Wurst. Dies Wurstholen spielte ebenso eine Rolle in der goldnen Aue, wo die Schmiedegesellen sich unter Absingen eines Liedes die "Fastnachtswurst" holten. Sie sangen dabei:

"Unsere lieben Alten
Haben es so gehalten,
Haben es so befohlen,
Die Fastnachtswurst zu holen;
Keine von den kleinsten,
Keine von den grössten,
Aber eine von den allerbesten."

Es war überhaupt üblich, dass die Handwerksgilden Fastnachtsumzüge veranstalteten. Auch Bäcker- und Stellmachergesellen holten sich von Kunden ihres Meisters eine Fettwurst oder ein Trinkgeld. Bei Freyburg an der Unstrut zog so der Dorfschäfer von Hog zu Hofe.

Ein sehr lustiger Brauch, der auch speziell die Mädchen anging, bestand in Hohenzollern-Sigmaringen. Wenn dort in der Zeit zwischen dem Dreikönigstag und dem Aschermittwoch keine Ehe zustande gekommen war, dann spannte man am Fastnachtsdienstag die unverheirateten Mädchen vor eine Egge, die mit Dorngestrüpp umflochten war. Dem "Jungferngespann" voran ging der jüngste Ehemann des Ortes, der einen Sack mit Samen trug, den er ausstreute. Daraus sollten Ehemänner für die ledigen Mädchenwachsen. Noch im Jahre 1906 hat man so 40 Mädchen dort vorgespannt. Umgekehrt gab es in Süddeutschland und im Elsass eine "Weiberfastnacht", bei der die Frauen die Herrschaft hatten. Sie besuchten die Wirtshäuser, die dann kein Mann betreten durfte. Wagte es einer dennoch, so erging es ihm schlecht. Man nahm ihm seine Kopfbedeckung fort, schlug ihn, und er musste sich durch einige Flaschen Wein auslösen.

Daran, dass man zu heidnischer Zeit in diesen Tagen den Winter begrub, erinnern allerlei Sitten, in denen das scheinbare Begrabenwerden eine Rolle

spielt. Manchmal muss ein lebender Mensch, so in Schwaben am Aschermittwoch ein Bursche, die Rolle des Toten spielen. Manchmal wird auch ein Gegenstand begraben, so in Österreich-Schlesien eine Bassgeige, der man zuvor die Saiten genommen, und die man in ein Leintuch gehüllt hat wie in ein Sterbekleid. Vorher aber liegt die Bassgeige, mit Wein besprengt, inmitten der Tafelnden im Gasthause. Im Lüneburgischen holte man umgekehrt aus dem Misthaufen eine dort versteckte und begrabene Flasche Branntwein hervor.

An vielen Stellen wurden auch Fastnachtsspiele aufgeführt. Dies ist aber wahrscheinlich keine alte deutsche Sitte, sondern aus Italien übernommen. Die "Muhme" und der Narr, der Clown, spielten darin stets eine hervorragende Rolle. Gelegentlich liess man dabei auch einen "Schimmelreiter" kommen, dem ein Paar Hanswürste voraus marschieren mussten. In der Niederlausitz machte man einen Schimmel so zurecht, dass man zwei Siebe zusammenband und vorn daran einen Pferdekopf, hinten einen Schwanz befestigte. Ueber die Siebe legte man eine weisse Decke, und darüber stieg ein Reiter, der alle, die ihm nicht auswichen, mit einer Rute schlug. In Österreich-Schlesien wurde ein Hahn zum Tode verurteilt und von den Clowns am Fastnachtsdienstag nach dem Dorfanger gefahren. Auch der Teufel spielte nicht selten eine Rolle in den Fastnachtsspielen; er verbündete sich mit einer Hexe, um eine Ehe zu zerstören und zu ähnlichen Missetaten. Heute hat sich wohl allgemein nur noch die Sitte der Maskeraden am Fastnachtsdienstag erhalten, die auf die alten Fastnachtsspiele zurückgeht, und die Sitte eines besonderen Gebäcks, das man verzehrt, meist des Pfannkuchens. Diese Sitte ist ein Ueberbleibsel davon, dass man sich für das Berühren mit treibenden Zweigen durch eine Kuchengabe dankbar zeigen musste.

H.L.

Das Bild der Eltern.[x]

SPD. Andreas wurde in einer Mietskaserne geboren. In einem finsteren, ineinandergeschachtelten Bau, in dem dreissig Familien wohnten. Sein Vater, der in einer Metallgiesserei arbeitete, war ein stiller, verschlossener Mann, und das Kind fürchtete sich manchmal vor seiner gefurchten Stirn und den Augen, di hinter buschigen Brauen versteckt lagen.

In den ersten Jahren seiner Kindheit spielte Andreas mit den andern Kindern des Hauses. Im Hofe oder auf einem Schuttplatz, der hinter den letzten Häusern der Vorstadt lag. Kehrte er am Abend heim, so war sein Gesicht rot und schmutzig, seine Kleider fleckig und zerrissen. Nach dem Essensetzten sich die Eltern auf das Sofa. Sie sprachen miteinander über den vergangenen Tag und die Sorgen, die er gebracht hatte. Oft auch schwiegen sie, und der Knabe betrachtete sie neugierig, als seien es plötzlich nicht mehr seine Eltern, sondern ein Bild; so feierlich und respekteinflössend dünkte ihn der Anblick.

Als er in die Schule ging, begann er, sich die Gesichter seiner Kameraden aufmerksam einzuprägen, den Hof mit den Fenstern und Türen des Hinterhauses, die Pferde auf den Strassen, die vor schwere Wagen gespannt waren. In der Zeichenstunde konnte er bald von allen Schülern am besten die bunten Schmetterlinge und die gepressten Blätter nachzeichnen. Manchmal kamen die Kinder im Hofe zu ihm: "Zeichne uns mal was!" Und Andreas malte mit einem Stück Kreide an die Mauer: Allerlei Tiere und Gestalten; mal wurde auch ein Gesicht daraus, oder auf das Pferd setzte er einen Reiter. Er zeichnete auch in ein kleines Heft, das er immer in der Tasche trug. Hin und wieder liess sich der Vater das Heft zeigen. Er setzte sich die Brille auf und sah es aufmerksam durch, ohne ein Wort zu sagen, während ihn Andreas anschaute mit grossen, blanken Augen, begierig auf ein Lob. Zu den Kollegen inder Fabrik sagte Andreas' Vater: "Wenn mein Junge so weiter macht, wird mal etwas aus ihm". Es war aber einer dabei, der ihn ärgern wollte. Der antwortete: "Ach wo, wenn einer schon so früh

kräht, der kräht nicht lange." Ueber diese Antwort kränkte sich der Vater den ganzen Tag.

Als der vierzehnjährige Andreas aus der Schule entlassen werden sollte, starb die Mutter. Sie war in der letzten Zeit immer stiller geworden. Sie sass wohl am Abend noch mit dem Vater auf dem Sofa, aber ihr gutmütiges Gesicht wurde immer verschlossener. Zuletzt lag sie im Bette, ohne dass ein Wort der Klage über ihre Lippen gekommen wäre. Dann stand mitten in der Nacht Andreas' Vater vor dem Bette des Jungen und weckte ihn. Sie gingen zur Mutter, die mit einem heiteren Lächeln dalag; friedlich, weil nun alles vorüber war. Da beugte sich der Vater hinunter, und seine Tränen tropften dabei auf das Gesicht der toten Mutter. Und Andreas spürte zum erstenmal, dass sich hinter den ernsten Zügen des Vaters ein warmes Herz verbarg, in das nun das Unglück eingekehrt war.

Andreas konnte diese Nacht nie vergessen. Er musste alle die Jahre daran denken, in denen er bei einem kleinen Malermeister in der Lehre war. Als er ausgelernt hatte, wurde der Vater von einem Unglück betroffen. Ein herabfallendes Eisenstück quetschte ihm die Schulter. Die Ärzte flickten ihn wieder zusammen, aber als er aus dem Krankenhause kam, konnte er nicht mehr arbeiten wie früher. Man gab ihm die zufällig frei gewordene Stelle des Hilfsportiers. Andreas arbeitete damals schon in der grossen Stadt. Einmal kam er Pfingsten herüber, den Vater zu besuchen. Er fand ihn in einer kleinen Kammer, ganz für sich allein; nur eine Nachbarin besorgte dies oder jenes für ihn. In den Feiertagen gingen sie zusammen über Land, und der Vater begann zu erzählen. Von seinen Eltern und von der Mutter, wie er sich als junger Mann in sie verliebt und um sie geworben hatte. Andreas sagte dem Vater, dass er sich Geld gespart habe und im Winter auf die Schule gehen wolle. "Zeichnest du noch immer so viel?" fragte der Vater. "Ja, natürlich." Und Andreas holte ein Skizzenbuch aus der Tasche. Der Alte blätterte. Zum erstenmale lobte er ihn. "Sieh mal an, das hast du ja fein gemacht. Solche Strassen gibt es bei euch also?" - "Ja, Vater, viel länger als hier sind sie, und die Leute halten auch viel mehr zusammen." Der Vater nickte und gab ihm das Buch zurück.

Im Winter wurde Andreas wirklich auf die Kunstschule aufgenommen. Er hatte sich eine billige Kammer in einem grossen, stillen Hause gemietet. Den ganzen Tag lang steckte er in der Schule, Sonntags in den Museen. Er hungerte oft, aber er hatte dafür den ganzen Tag zum Malen und Zeichnen frei. Darüber vergass er alles andere. Im Frühjahr erhielt er ein Stipendium und blieb weiter auf der Schule. Der Sommer kam, die Blätter wurden grün und fielen im Herbst welt von den Bäumen. Als der Winter einsetzte, diesmal gleich mit strengem Frost und Schnee in Hülle und Fülle, spannte Andreas Leinwand über einen Rahmen und begann, ein Bild zu malen. Es war eine Sache, die er schon die ganzen Jahre mit sich herumgetragen hatte. Die Züge der Mutter hatten sich ihm fest eingeprägt. Nun malte er sie zusammen mit dem Vater, wie sie am Abend auf dem Sofa gesessen hatten. Den Vater in Hemdsärmeln, die Mutter still neben ihm. Und er versuchte, in das Bild allen Frieden und alle Ruhe hineinzulegen, von denen am Abend die Stube erfüllt gewesen war. Deutlich sah er alles noch vor seinen Augen. Das Sofa hatte einen braunen Bezug gehabt. Mit den Jahren hatte er sich verschlissen; es waren dunkle Flecken ins Zeug gekommen. Aber die beiden Menschen sassen sicher und ruhig auf dem Sofa, als könnte sie nichts von ihren Gedanken abbringen.

Das Bild wurde Andreas' erster Erfolg. Es kam in die grosse Frühjahrsausstellung. Die Zeitungen erwähnten seinen Namen und lobten die entschiedene Realistik des Bilde, sid sichere Pinselführung, die grosse Fähigkeit der Komposition.

Andreas schrieb nach Hause, und an einem sonnigen Junimprgen konnte er den Vater von der Bahn abholen. Er war alt geworden, und die grosse Stadt verwirrte ihn. Andreas führte ihn in die Ausstellung, vor das Bild.

Der Vater blieb lange stehen, schweigend. Nur um seinen Mund zuckte es. Er sah auf dem Bilde das Gesicht der Mutter, wie es um ihn gewesen war in all

den Jahren. Es erschütterte ihn, denn da war etwas, das schon längst vorbei und tot und unwiederbringlich dahin zu sein schien, wieder geweckt worden und auferstanden: das Gesicht der Mutter und ein Stück von seinem Leben, das mit diesem Gesicht unzertrennbar verbunden war.

Die Sonne schien hell durchdie grossen, lichten Säle. Als Andreas langsam mit dem Vater hinausging, blieb der plötzlich stehen und legte dem Jungen die Hand auf die Schulter: "So im stillen hab' ich ja immer was von deinem Zeichnen gehalten. Weisst du noch, wie du mir dein Büchel gezeigt hast? Aber dass du uns mal so würdest malen können, das hätte ich nie und nimmer gedacht." Andreas sagte nichts. Er spürte in sich plötzlich das Gefühl, das er als Kind gehabt hatte, wenn er dem Vater das Heft zeigte und seine Kinderaugen ein wenig ängstlich auf ein lobendes Kopfnicken des Vaters gewartet hatten.

Alfred Prugel.

Hamburger Tanz-"Salons".[x]

SPD. In ein paar abseitigen Strassen des heutigen Hamburg mit seinen Turmhäusern, Kaufpalästen und modernsten Vergnügungsunternehmen, die "alle Viertelstunde eine Sensation" und alles Mögliche bieten, findet man noch mal einen der alten "Salons". Sie sind selten geworden, und die seltenen sind anders geworden. Es fehlt der herbe Hauch des Ursprünglichen, die Atmosphäre aus Bier-, Menschendunst und dickem Zigarrenqualm, und wo immer es sein mag: die Leute ohne Kragen sind nicht mehr da. Mit der modernen Zeit ist auch das breite Publikum zivilisierter geworden und darum anspruchsvoller.

Ohne Kragen - an gewissen Tagen, besonders am Sonnabend und Sonntag, hatte die Portiers der "Salons" an der "Grossen Freiheit" in Altona oft erbitterte Kämpfe zu bestehen. Die "Dietleins" wollten partout "einen abpetten", und darum gab es recht herrliche Hauereien schon an den Eingängen der Lokale. Eine gewisse Berühmtheit auf diesem Gebiete hatte seinerzeit der Salon von Metscher in der Rosenstrasse. Jedes Kind kannte ihn; "ein Mädchen, das auf sich hielt", hatte ihn zu meiden. Die - auch damals schon modern denkende - Jugend liess sich allerdings von solchen Redensarten nicht abhalten. Schauerleute, Kontorboten, Hausknechte, Rollkutscher trafen sich auf dem gewichsten Parkett, und "links geiht dat um Pieler rum", sangen die Brüder Wolff und ihre Erben jahrzehntelang. Mine, Stine, Fine, waschechte "Hamborger Deerns", besonders die kleinen, flotten und mehr braunhaarigen Altonaerinnen, die Plättmansellen, Serviermädchen, die Kökschen und ihre jeweiligen "Bräutigamme" waren heftig dabei.

Der "Englische Garten", nahebei auf der "Freiheit", war schon "fürnehmer", wenigstens im vorderen Saal, wohin schon ein vergnügungsmässiger aufgemachtes Publikum kam, während im zweiten Saal alles nicht so genau genommen wurde; da schwooften die Schifferknechte, die derben jungen Kerle Altonas und St.Paulis, dass es eine Lust war. Streit durfte man mit keinem von ihnen beginnen - und wehe, wer ihrem Mädchen zu nahe kam! Der traditionelle Kökschenball bei Wachtmann hat noch in die letzten Jahre hineingereicht. Dort war die Siebung umgekehrt wie im "Englischen Garten": vorn war es "gewöhnlich", wie die Hamburger sagen, und im zweiten Saale kam ein kleiner Stich ins "Mondäne" hinein. Die kleinen Mädchender Grossen Freiheit fandensich hier mit Hein Seemann zusammen, und waren vierundzwanzig Stunden lang nach solchem Feste verlobt. Wenn Altonaer Markt war, wurde noch hinten der grosse Garten dazu geöffnet. RegenZuspruchs erfreute sich auch die Tanzstätte "Zum Storchnest" in der Eimsbüttelerstrasse. "Belle-Alliance" am Schulterblatt war nicht weniger bekannt. Aber die Sensationen dieser Art boten doch die "Flora", die sich schon stolz "Ballhaus" titulierte, neben dem alten Variété, nicht uninteressant mit "Halbseide" durchsetzt, und vor allem das berüchtigte "Waterloo" (später, als jede Bierkneipe

zur Diele mit roten Ampeln und hohen Preisen wurde, ein sehr moderner und hübscher Tanzladen durchaus harmloser Art unter dem Namen "Scala"). Wenn man alte Hamburger fragt, wissen alle, was dort geboten wurde: jeden Abend "Hauerei". Da kamen die Schlachtergesellen und Viehtreiber vom nahen Schlachthof, Gäste, die noch Geld springen liessen, aber rauflustig waren, scheint es, denn es wurde bei der geringsten Gelegenheit mit Spazierstöcken geschlagen und mit Biergläsern geworfen. Die "Plätthusaren", wie die Plätterinnen und Wäschermädek damals genannt wurden, gingen schliesslich bei Eifersuchtsdramen auch noch mit spitzen Nägeln und beweglichem Mundwerk dazwischen. Es ist schon fide zugegangen.

Einer der bekanntesten Betriebe auf St.Pauli - an der Stelle des heutigen Tropen-Krankenhauses - war die "Elbhalle", wo das ganze Hafenvolk Nachmittags von 3 bis Abends um 9 zum Tanze zusammenkam. In den neunziger Jahren war Abend 9 Uhr eben spät; dann hatte man genug genossen. Nicht minder berühmt waren der "Salon zum Roland", kurz genannt "Schimmel", am Zeughausmarkt, und "Zum König von Preussen" in der Mohlenhofstrasse, wo der alte Kaiser Wilhelm als Statue im Saale vom Piedestal herunter in das vergnügte Treiben seines jungen Volkes blickte. Klett's Gesellschaftshaus in der Wexstrasse, dort, wo jetzt das "Reform-Kino" steht, erlebte auch manchen Roman, und dann geht es - nach damaligen Begriffen - "weiter nach draussen raus": zu Gewecke an der Hohenluftchaussee, zu Pfingsten besonders bevorzugt, wenn die Hamburger Jungs alle in möglichst weit um die Beine schlenkernden weissen Hosen dort hinauszogen, oder nach der "Fruchtallee" zu "Sottorf", einem späteren beliebten Vereinslokal, wo sich auch "allerlei tat". In Harvestehude, an der Stelle der heutigen "Harvestehuder Lichtspiele", trafen sich die Bediensteten dieser vornehmen Gegend im "Eppendorfer Baum" zu Tanz und harmloser Liebelei, und etwas weiter die Eppendorfer Landstrasse hinauf gab es gleich noch eine Konkurrenz "Zur Harmonie".

In Wandsbek war es lustig, denn das war die Stadt der Husaren. Trotzdem es ihnen verboten war, dort zu erscheinen, sah man sie doch im Tanzlokal "Zum schwarzen Bären" mit ihren Köchinnen auf dem blitzenden Parkett die klirrenden Sporen im Walzer schwenken. Heute steht an der gleichen Stelle "Holsatia" - die Garnisonherrlichkeit ist längst verblasst und vergangen; keine himmelblauen Uniformen hocken mehr, leicht angeschwipst, auf den Stühlen. Die Hamburger Soldaten tanzten gern am Klosterstern in einem Laden mit recht mutigem Titel. "Zum Sandwirt Hofer" hiess das biedere Ding, und zuletzt gab es weiter ausserhalb, im Zeitalter ohne Hoch-, Strassenbahn und Autobusse fast tagereisenweit, eine Reihe populärer Unternehmen ähnlichen Genres: den Salon "Billerhude" zum Beispiel auf der Billerhuder Insel, Endziel von Ruderpartieen, dann "Mutter Schamm" in einem alten Bauernhaus auf der Peute, wo aller möglicher Rummel veranstaltet wurde, Kindervergnügungen usf. Auf Steinwärder dominierte der "Alte Grevenhof", beliebt bei Alt und Jung. Stellingen, Langenfelde, Eidelstedt, Lockstedt, Wellingsbüttel, Poppenbüttel, Gross-Borstel und wie die vorgelagerten Orte alle heissen, besassen nicht minder zahlreiche solcher Salons, die an schönen Sommerabenden, nach den Spaziergängen in Gehölzen und auf Landwegen übervölkert waren. Daher auch das schöne, in Hamburg noch immer unvergessene Lied:

"Des Nachts um elfe, von Hohenfelde, da fährt die allerletzte Pferdebahn...."

Denn wer die nicht bekam, der musste schon gut zu Fuss sein, um noch bis Mitternacht die heimatlichen Kemenaten zu erreichen, und kam leicht in üblen Ruf - denn damals war man nicht ganz so weitherzig wie heute. Wenn ein Mädchen in die "Salons" ging und nicht bald unter die Haube kam, dann nahm sich das Gerede der Nachbarn der Sache an.....

Natürlich lässt sich die Liste unendlich erweitern. Wir wollen ja hier keine ganze Topographie des vergangenen Vergnügens schaffen, sondern eine kleine

Erinnerung wachrufen an jene Zeiten, da alles weniger kompliziert schien, da die Menschenweniger anspruchsvoll und leichter - wenn auch etwas handgreiflicher und derber - vergnügt waren als heute.Damals tobte sich überschüssige und ungehemmte Kraft nach reichlichem Biergenuss aus, gewiss - heute ... nun, reden wir nicht davon! Das Kapitel ist zu unerquicklich!

Walter Anatole Persich.

Die Kehrseite unsrer Zeit.x

SPD. Der Wirt sagte zu mir: "Es sind schlechde Zeidn. Goddseidank!"

"Wie?" fragte ich erstaunt. "Da sagen Sie auch noch Gottseidank?"

"Ja, denn wenn die schlechdn Zeidn nich wären, da gönnde man ja üwrhaubd verreggn."

"Das müssen Sie mir erklären."

"Das is so: Morgens, wenn ich die Dür aufschliesse, gommd schon der erschde."

"Wer denn?"

"Der erschde Reisende. Der bieded mir ein Budzmiddl für das Messing und fürs Geschirr an. Na, der beschdelld eine Borzjon Gaffee, weil er denkd, ich lasse mich erweichen und gaufe dem was ab. Ich gaufe dem awr nischd ab. Der muss seinen Gaffee bezahlen und unverrichdeder Dinge widdr abziehn. Gaum had der die Dür hindr sich zugemachd, da gommd schon der zweide. Der bieded mir algoholfreien Obsdsafd an, den ich in meinem "geschädzden" Logal einführen sol Na, der drinkd zwei Glas Bier, aber seinen Obsdsafd nimmd der widdr mid ford. Dann gommd einer, der will mir silberne Löffel vrgaufen. Dann gommd ein Gaffee reisender. Der issd immer bei mir Middagbrod, awr abgegaufd habe ich dem noch nischd. Schbädr gommd einer und will mir Dischdücher vrgaufen. Der gann bei mir seine Dischdücher loswerden, awr er dringd vrschiedene Schnäbse, und das machd immerhin ein baar Marg achzig. Und so gehd das den ganzen Daach. Reisende, die mir Gaffee Haach, Zigaredden, Schreichhölzer, Wandgalender, Bierdeggl, Illüsdrierde Zeidungen, Aschenbecher, Fensdrbudzmiddl, Zahnschdocher, Gohlen, Dischdelefone, Fussabdreder, Danzbänder und Lambiongs für eine idelljänische Bachd vrgaufen wollen. Das machen bloss die schlechden Zeidn. Da gommd ein Reisender hindr dem anderen. Und die vrzehren alle was. Das machd bro Daach Bnnd ganze Masse Geld. Wenn die Zeidn nich so miserabel wären, hädde ich meine Budieke schonlängsd zumachen missn."

Der Wirt trank mir mit einem kleinen Gläschen Kognak zu und sagte: "Na Brosd! So paradox is das Leben!"

Eigentlich hat er recht.

SPD. Parlamentarische Kopfwäsche.x Karl Gareis, der 1921 von der nationalistischen Feme gemordete USP-Abgeordnete, hatte im bayerischen Landtage wiederholt erbitterte Auseinandersetzungen mit Vertretern der Bayerischen Volkspartei. Einmal monierte er eine von der Regierung seit langem zugesagte Massnahme. Die Abgeordnete Frau von Gebsattel versuchte, die Regierung reinzuwaschen, und erklärte, dass doch ein Teil der Zusage schon eingelöst sei. Gareis rief dazwischen: "Auch das Wenige geschah erst, nachdem ich dem Ministerialreferenten gründlich den Kopf gewaschen hatte!" Hierauf Glocke des Landtagspräsidenten: "Ich stelle fest, dass ich eine derartige Manipulation hier im Hause nicht wahrgenommen habe."